Privilegirte Schlesische Zeitung.



№ 9. Breslau, Montag den 12 Januar **1846.**

Verleger: Wilhelm Gottlieb Korn. Redacteur: R. Hilscher.

Uebersicht der Nachrichten.

** Uebersichtliche Resultate des achten Schlesischen Landtages.

Eine neue Epoche unserer politischen Entwickelung können wir von der Veröffentlichung der Landtags-Abschiede nicht datiren; sie lassen ziemlich alles beim Alten. In ruhiger und gemessener Sprache werden die meisten Petitionen, gewöhnlich mit Angabe der Gründe, zurückgewiesen; einige Petitionen, z. B. um Preßfreiheit scheinen die Landtagsabschiede in einem andern Sinne aufzufassen, als sie von den Ständen gestellt wurden. Der Erlaß auf die 16 Propositionen, welche den Schlesischen Ständen vorlagen, ist kurz und einfach. Hierbei ist es unentschieden gelassen, wie es mit denjenigen Propositionen gehalten wird, welche vom schles. Landtage **abgelehnt** wurden. Das war der Fall mit der „Aufhebung des Abdeckereizwanges." Da nämlich in Schlesien Abdeckereien, welche Zwangsberechtigung üben, nur noch vereinzelt und zwar zumeist in der Lausitz bestehen, so schien dem Landtage zu einer generellen, die ganze Provinz umfassenden Maßregel kein Grund vorzuliegen; außerdem meinten die Stände, daß durch das fragliche Gesetz den Abdeckern ein weit höherer Grad von Berücksichtigung zu Theil werde, als andern Bannberechtigten und besonders den Bankgerechtigkeiten in den Städten geworden sei. Außer der Bitte um Nichterlaß dieses Gesetzes hatte der Landtag noch den Antrag gestellt, daß die zur Ablösung dieser Gerechtigkeit bestimmten Beiträge in andern Provinzen **nicht** aus Staatsfonds geleistet werden möchten. Ferner wurden die Propositionen über „die Handelsfirmen" (mit 44 gegen 40 Stimmen) und über „die Servissteuer der Städte" abgelehnt; **für** die letztere hatten sich nur **vier** Stimmen erklärt. Nach der Meinung des Landtags scheint also der Erlaß **dieses Gesetzes** für unsere Provinz durchaus kein Bedürfniß zu sein. Bei der Proposition über die Einrichtung des Landarmenwesens in Schlesien hatten die Abgeordneten der Oberlausitz beantragt, daß sie auf diesen Landestheil keine Anwendung finden möge, weil derselbe bereits eigenthümliche Einrichtungen über die Armenpflege besitzt. Darauf ist der Landtags-Abschied eingegangen: „der Communal-Landtag der Oberlausitz ist veranlaßt worden, einen Reglements-Entwurf auszuarbeiten und zur Prüfung vorzulegen." Gegen die Worte der dieses Gesetz begleitenden Denkschrift: „Das über die interimistische Einrichtung des Landarmenverbandes der Provinz Schlesien **unter Mitwirkung des ständischen Ausschusses** erlassene Regulativ" war vom Landtage eine Verwahrung zu Protokoll niedergelegt worden, weil dieses Regulativ lediglich von den Staatsbehörden ausgegangen und executirt sei. Mehrfach wurde bei der Berathung gegen eine Armentaxe protestirt und nach Annahme des Gesetzes beschlossen: „in der Adresse oder dem begleitenden Gutachten zu bemerken, daß man die früheren Ansichten von der Armentaxe nicht geändert habe, und daß die Ausdehnung des Regulativs bis zu einer solchen nicht erfolgen möge." Ein Bescheid darüber ist in dem Landtags-Abschiede nicht enthalten.

Ueber die **Petitionen** theilen wir zunächst einige statistische Notizen mit. Von den 225 Petitionen, welche dem Landtage zur Berathung vorlagen, wurden nur 64 zur Bevorwortung für geeignet gehalten; wenn man bedenkt, daß stets zwei Drittel der Stimmen zur Beschlußnahme gehören, so wird man einräumen, daß diese 64 Petitionen von besonderer Wichtigkeit für die Provinz sein müssen. Durch den Landtags-Abschied wurden nun von diesen 64 Petitionen **vierzehn unbedingt genehmigt**. Dem Landtage des Jahres 1843 lagen 130 Petitionen vor; von diesen wurden 53 bevorwortet und durch den Landtags-Abschied 9 unbedingt genehmigt. Da diesen 14 Petitionen durch die Allerh. Genehmigung jedenfalls eine größere Bedeutsamkeit zu Theil geworden ist, als sie vordem hatten, so wird es keiner Entschuldigung bedürfen, wenn wir sie in der Kürze noch einmal erwähnen. Es sind folgende: 1) die Bitte um möglichste Beschleunigung der Emanation des neuen Wechsel-Rechts; 2) die Abgeordneten der nach Verordnung vom 2. Juni 1827 mit einer alternirenden Virilstimme beliehenen Städte werden fernerhin nicht mehr von Landtag zu Landtag, sondern von 6 zu 6 Jahren abwechselnd einberufen. Ferner dürfen diese alternirenden Städte auch wahlfähige Grundbesitzer der mit ihnen alternirenden Städte zu Deputirten und Stellvertretern wählen; 3) für den ersten (Glogauer) Wahlbezirk wird die Stadt Neusalz zum Versammlungsort für die Wahlen der Landtags-Abgeordneten aus dem Stande der Ritterschaft, der Städte und der Landgemeinden statt des bisherigen Wahlortes Glogau bestimmt; 4) auf den Antrag um **Erlaß einer Landgemeinde-Ordnung** wird den Ständen eröffnet, daß bereits Einleitungen getroffen sind, um den Mängeln abzuhelfen, welche diesen Wunsch hervorgerufen haben; die als nothwendig und nützlich erkannten Abänderungen des ländlichen Communalwesens sollen unverzüglich in die **Form eines Gesetz-Entwurfs** gebracht werden, dessen Vorlegung bei dem **nächsten** Provinzial-Landtage zu erwarten steht. 5) Die der Provinzial-Städte-Feuer-Societät aus der Staatskasse vorgeschossene Summe von 80,000 Rtlr. kann der Bitte der Stände gemäß in jährlichen Stückzahlungen von 20,000 Rtl. erstattet werden. 6) Die Petition um Aufhebung des § 2 der Ablösungs-Ordnung vom 7. Juni 1821 hat durch die unterm 31. October v. J. erfolgte Publikation des Gesetzes; und 7) die um Erhöhung des Eingangszolles für wollene Waaren durch den inzwischen publicirten Zolltarif für die Jahre 1846, 1847 und 1848 bereits ihre Erledigung gefunden. Desgleichen kann 8) das Gesuch um Festsetzung eines peremtorischen Termins, nach dessen Ablauf der Gebrauch anderer, als der im Gesetze vom 16. Mai 1816 für die Monarchie allgemein gültig erklärten Maße und Gewichte weder im öffentlichen noch im Privatverkehr ferner zu gestatten sei, durch die bisherige Gesetzgebung insbesondere durch die Ordre vom 28. Juni 1827 und durch die Verordnung vom 30. März 1840 als bereits erledigt angenommen werden. 9) Die für den Bau der Chaussee von Brieg über Konstadt, Kreutzburg, Rosenberg, Guttentag und Lublinitz nach Tarnowitz in Aussicht gestellte Prämie von 10,000 Rthlr. für die erste Meile von Brieg aus und von 6000 Rthlr. für jede folgende Meile wird auch für den Fall gewährt, daß nur einzelne Theile dieses Straßenzuges chausseemäßig ausgebaut werden. 10) Chaussee-Ermäßigung für die kleinen Ackerbesitzer, wenn sie mit Benutzung von Kühen selbst gewonnene Erzeugnisse verfahren oder ihre Bedürfnisse an Brennmaterial herbeiholen, und Chaussee-Freiheit für die dürftigen Landbewohner, wenn sie nicht mit eigenem Gespann Bau- oder Brennmaterialien zum eigenen Bedarf heranschaffen, bei der Hebestelle in ihrer Gemeine- oder Gutsfeldmark. 11) Möglichste Beschleunigung der Emanation des in der Vorberathung begriffenen neuen Deichgesetzes. 12) Brennholz, Sand, Kies u. s. w., wenn sie lediglich zum eigenen Verbrauch der Bewohner von Neusalz bestimmt sind, sollen dem Ufergelde bei Neusalz nicht mehr unterworfen werden. 13) Die **Lage der schlesischen Leinen-Industrie** und die Auffindung geeigneter Mittel, um ihr die wünschenswerthe Aufhülfe zu verschaffen, ist seit längerer Zeit ein Gegenstand der besonderen landesväterlichen Fürsorge. 14) Die Rechnungs-Extrakte für die Steinkohlen-Gruben-Gewerke sollen dem Antrage der Stände gemäß übersichtlicher und ausführlicher als bisher, nämlich dergestalt vorgelegt werden, daß daraus der Betrag und die Bestimmung bei einzelnen Positionen der Ausgabe ersehen werden kann.

Unbedingt nicht genehmigt wurden **sechs und zwanzig Petitionen** (bei dem Landtage des Jahres 1843 sieben und zwanzig). Unter diesen waren folgende: 1) Die Bitte um Oeffentlichkeit der Stadtverordneten-Verhandlungen; 2) um Preßfreiheit; 3) Aufhebung der Monopole und Privilegien der periodischen Presse; 4) die Bitte, für die städtischen Landtags-Abgeordneten statt des jetzt erforderlichen zehnjährigen Grundbesitzes einen fünfjährigen zu bestimmen, ferner zu gestatten, daß die Wählbarkeit der städtischen Abgeordneten nicht mehr vom Betrieb eines bürgerlichen Gewerbes bedingt werde. 5) Zufertigung der Propositionen an die Landtagsmitglieder vor Eröffnung des Landtags. 6) Das Gesuch, die Landrathsamts-Kandidaten nicht ausschließlich von den Rittergutsbesitzern der Kreise, sondern von den Kreisversammlungen wählen zu lassen. 7) Errichtung eines Handelsministeriums. 8) Suspension der Verordnung vom 28. Juni 1844 über das Verfahren in Ehesachen. 9) Die Bitte um Nichtanwendbarkeit der Gesetze vom 29. März 1844 auf richterliche Beamte. 10) Anstellung unverschuldet verarmter Bürger im Subalterndienst. 11) Die Bitte, vor dem Erlaß organischer Bestimmungen in Folge des Zusammentritts einer General-Synode solche dem Provinzial-Landtage zur Begutachtung vorzulegen. 12) Der Antrag, zu befehlen, daß den Beamten auf ihr Ansuchen stets die Einsicht in die von ihren Dienstvorgesetzten verfaßten Conduiten-Listen gestattet werde. 13) Erlaß eines Polizeigesetzes, wenigstens nicht, wenn darunter eine vollständige Codification des gesammten Polizeirechts verstanden wird. Die übrigen hieher gehörigen Petitionen betreffen, wenn auch nicht unwichtige, doch meist provinzielle und spezielle Interessen.

Theilweise oder unter Bedingungen wurden **eilf** Petitionen genehmigt (bei dem Landtage des J. 1843 sieben); unter ihnen folgende: 1) Die von dem Geh. Archivrathe Prof. Dr. Stenzel beabsichtigte Herausgabe einer Sammlung von wichtigen Urkunden zur Schlesischen Geschichte wird durch Abnahme einer angemessenen Anzahl von Exemplaren unterstützt, **wenn** die sonst erforderlichen Kosten durch Theilnahme in der Provinz gedeckt werden. 2) Fixirung der Geistlichen und Schullehrer, **nicht allgemein**, sondern **nur** in Fällen, wo in Gemeinden mit der Anerkennung des Bedürfnisses zugleich eine Geneigtheit zur Abschaffung oder Fixirung unbestimmter Gebühren sich kund giebt. Die Besoldung der Schullehrer wird bei Berathung einer neuen Schulordnung in Erörterung kommen. 3) Zuziehung vereideter Stenographen zu den Landtags-Verhandlungen, **unter der Bedingung**, daß die Protokolle über die Verhandlungen auch fernerhin von einem Deputirten verfaßt und die Notizen der Stenographen nur bei der Redaction benutzt werden. 4) Zuschuß von 50,000 Rtl. zum vollständigen Ausbau des Ständehauses, **unter der Bedingung**, daß diejenigen Räume des Gebäudes, welche für die Zwecke des Landtags entbehrlich sind, dem König zur Disposition gestellt werden. 5) Es wird so viel inländisches Salz, als die Umstände zulassen, zum Verkauf nach Schlesien gelangen; soweit aber die Vorräthe an inländischem Salze nicht ausreichen, werden die Behörden dafür sorgen, daß das dafür feilzustellende englische Salz, welches im Allgemeinen nach der darüber angestellten technischen Prüfung an innerer Güte und Brauchbarkeit dem inländischen Salze nicht nachsteht, in untadelhafter Beschaffenheit angekauft werde. Die übrigen 6 Petitionen betreffen die Zeit zur Wahl der Mitglieder des ständischen Ausschusses, Stempel- u. Portofreiheit in landständischen Angelegenheiten, Bewachung der Grenze gegen die Rinderpest, Kehrbezirke der Schornsteinfeger, Pferdezucht und den Chausseebau von Ratibor bis zur Grenze.

Endlich sagt der Landtags-Abschied bei **zwölf** Petitionen, daß sie in **Erwägung gezogen** werden, weil die betreffenden Gegenstände noch der **Berathung der Staatsbehörden unterliegen** (bei dem Landtage des J. 1843 elf). Unter ihnen folgende: 1) Beschleunigung der Gesetz-Revision und Oeffentlichkeit und Mündlichkeit in Kriminalsachen. 2) Zulassung der Juden zu akademischen Lehrämtern, wie zu den Stellen der Bürgermeister. 3) Die Bitte um Errichtung von gesonderten Kredit-Instituten für städtische und bäuerlich

Grundbesitzer nach dem Beispiele der ritterschaftlichen Kredit-Anstalten. 4) Erlaß eines Polizei-Strafgesetzes, jedoch mit der vorhin angegebenen Beschränkung. 5) Ermäßigung des Paket-Porto's. 6) Errichtung einer Landrentenbank zur Ablösung der Abgaben und Leistungen an Dominien und andere Berechtigte. 7) Gesetz gegen die Anonymität der Presse. 8) Aufhebung der §§. 8 und 9 der Verordn. vom 7. April 1838 über die Einführung breiter Wagenspuren. 9) Eisenbahnverbindung zwischen Schlesien und Böhmen. 10) Verminderung der gerichtlichen Eide. 11) Aufhebung der Ordre vom 25. April 1835, durch welche das Kammergericht zum ausschließlichen Gerichtshofe für die Monarchie in Untersuchungen wegen politischer Verbrechen bestellt worden ist. 12) Uebertragung der Verwaltung von Patrimonial-Gerichten an königl. Untergerichte.

Inland.

Berlin, 10. Januar. — Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Rentier Johann Friedrich Brose in Berlin den rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Reservisten der Infanterie, Martin Dziubek, dem Garde-Kavalleristen 1. Aufgeb. Peter Barke und dem Landwehrmann der Inf. 1. Aufgeb. Woyciech Budnik, sämmtlich beim 3ten Bataillon (Schneidemühl) 14ten Landwehr-Regiments, das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Dem ersten Oberlehrer am Gymnasium zu Minden, Prorektor Dr. Kapp, ist das Prädikat „Professor" beigelegt, und der Justiz-Kommissarius und Notarius Hesse zu Wetzlar in gleicher Eigenschaft an das Land- und Stadtgericht zu Soest versetzt worden.

Se. Durchlaucht der Fürst Alexander zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein ist von Wittgenstein, und der Präsident des Consistoriums der Provinz Sachsen, Dr. Göschel von Magdeburg hier angekommen.

Dem Instrumentmacher F. Müller in Berlin ist unter dem 4. Januar 1846 ein Patent „auf eine für neu und eigenthümlich erachtete Mechanik für Pianofortes in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung," auf fünf Jahre, und dem Mathematikus am Gymnasium zu Brandenburg, Th. Schönemann zu Brandenburg a. d. H., unter dem 3ten Januar 1846 ein Patent „auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene, als neu und eigenthümlich anerkannte Brückenwaage" auf acht Jahre für den Umfang des preußischen Staats ertheilt worden.

Das Justiz-Ministerialblatt enthält eine allgemeine Verfügung vom 2ten d. M. wegen der, den Oekonomie-Commissarien in gerichtlichen Angelegenheiten bewilligten Diäten und Fuhrkosten.

Das Centralblatt der Abgaben-, Gewerbe- und Handelsgesetzgebung (Nr. 11 des v. J.) enthält eine Zusammenstellung der Gewerbesteuer im preußischen Staate und deren Veranlagung für 1845. Es ist bei der Darstellung eine Sonderung der verschiedenen Gewerbszweige nach stehenden und Gewerben im Umherziehen (resp. Klassen A—K. und L) angenommen worden. Der Steuerbetrag in den Klassen A und B., Handeltreibende mit und ohne kaufmännische Rechte, wird nach der Anzahl der Firmen, Comptoirs und Läden und nach einem für jede der vier Gewerbsteuerabtheilungen besonders bestimmten Mittelsatz für jedes Kalenderjahr dergestalt geordnet, daß diejenige Summe, welche aus der Multiplikation des Mittelsatzes mit der Zahl der Firmen rc. hervorgeht, als der von der betreffenden Klasse (A oder B, überhaupt zu der Staatskasse abzuführende Betrag in Ansatz gebracht und der Beitrag jedes Einzelnen dazu, nach Maßgabe seines Gewerbe-Umfanges, bestimmt wird. Die Zahl der besteuerten Handeltreibenden betrug in den neun großen Städten der Monarchie, nämlich: Berlin Breslau, Danzig, Köln mit Deutz, Königsberg, Magdeburg, Stettin, Aachen und Elberfeld — 836,098 Bewohner — (Abth. I.) 21,241. Davon Klasse A. 4362, Kl. B. 16 882; in den 120 Städten (1 Mill. 294,736 Bewohner) der II. Abth. 27290, davon Kl. A. 8453, B. 18 837; in 336 Städten geringerer Wichtigkeit mit mehr als 1500 Bewohnern — 1 Mill. 239 378 Bewohner — der III. Abth. 25,399, davon A. 7347, B. 18,052; in den 496 kleinsten Städten von weniger als 1500 Einw., so wie auf dem platten Lande (12 Mill. 76,288 Einw.) — Abth. IV. — 97,496, davon A. 8319, B. 89,177. Unter 15 Mill. 447,440 Einw. waren also im J. 1845 veranlagt: 171,429, davon 28,481 der Klasse A. und 142,948 der Kl. B. Es war diese Zahl seit 1830 gestiegen um 56,738 (49¼ pCt.) und zwar in der Klasse A. um 6685, in B. um 50 053. Hiernach würde im Ganzen für 1845 durchschnittlich ein Kaufmann auf fünf Kleinhändler treffen, doch ergiebt sich innerhalb der einzelnen Abtheilungen ein anderes Verhältniß. Es kommt, nach obiger Zusammenstellung, in der I. Abth. auf 39 Einw., in der II. auf 47, in der III. auf 49, in der IV. auf 124, in der Gesammtzahl auf 90 Bewohner ein Handelsbetrieb. Dem Geldbetrage nach, waren veranlagt: Gesammtbetrag der Klassen A.-K. 2 Mill. 298,584 Thlr. (oder 460,866 Thlr. mehr, als 1830). In der Klasse C. — Gast-, Speise- und Schankwirthe, Conditoren, Vermiether möblirter Zimmer — waren veranlagt: 77,186 Thlr. (oder 5437 mehr als 1830). In Klasse D. — Bäcker — waren überhaupt 25,184 Steuerpflichtige (2938 mehr, als 1830). In Klasse E. — Schlächter — waren veranlagt: 18,342 (3253 mehr, als 1830). In Klasse F. — Brauereien — 9013 Steuerpflichtige (3209 weniger, als 1830). Klasse G. Brennereien (die Gewerbesteuerpflichtigkeit des Brennereibetriebs ist durch Kabinetsordre vom 10. Jan. 1824 aufgehoben). Klasse H. Handwerker. Es waren als steuerpflichtig veranlagt: 50,102 (11,675 mehr, als 1830), es trifft demnach ein steuerpflichtiger Handwerker auf 308 Bewohner. Klasse J. Mühlen aller Art 28,412, Klasse K. Schiffer und Fuhrleute 16,240. Die einzelnen Klassen gewährten folgenden Steuerbetrag: A. B. Handeltreibende 978,329 Thlr. C. Gast-, Speise- und Schankwirthe 402,795 Tlr. D. Bäcker 142,526 Thlr. E. Schlächter 146 086 Thlr. F. Brauer 44,336 Thlr. H. Handwerker 275,293 Thlr. J. Mühlen 221,941 Thlr. K. Schiffer und Fuhrleute 87,278 Thlr. Von dem Gewerbebetrieb im Umherziehen machte der Steuerbetrag 343,547 Thlr. Es sind im Ganzen v. J. Gewerbesteuer aufgekommen: 2 Mill. 632,238 Thlr.

Die monatlichen Schulnachrichten des Schulraths Dr. Otto Schulz enthalten Folgendes: Des Königs Majestät hat in huldreicher Berücksichtigung der ungünstigen äußern Lage, in welcher sich ein Theil der evangelischen Geistlichen befindet, und zugleich zur Ausführung einer schon von des hochsel. Königs Maj. gehegten Absicht, zu bestimmen geruht, daß die Dotation derjenigen evangelischen Pfarrstellen landesherrlichen Patronats, mit welchen ein geringeres Diensteinkommen als 400 Rtlr. verbunden ist, bis zu diesem Betrage erhöht werden, denjenigen Geistlichen aber, welchen mit Rücksicht auf den geringen Ertrag ihrer Stelle eine persönliche Zulage bewilligt war, auch diese nach wie vor verbleiben soll. Die zu dieser Gehaltsverbesserung ausgesetzte Summe beträgt für die Regierungsbezirke Potsdam und Frankfurt jährlich 3400 Rtlr.

† **Berlin**, 8. Januar. — Die vor einigen Tagen verbreitete Nachricht, daß die definitive Ernennung des Ministers für das Innere erfolgt sei, und zwar in der Art, daß die verschiedenen Zweige jenes Ministeriums, wie es auch schon früher einmal der Fall war, unter zwei von einander unabhängige Chefs, die Herren von Bodelschwingh und von Meding gestellt seien, bestätigt sich bisher nicht näher. — Ueber die Ereignisse in den Provinzen Posen und Westpreußen circuliren hier zwar mannichfache Gerüchte, aber weder hinsichtlich ihrer Ursache, noch ihres Zusammenhangs weiß man im Publikum etwas Näheres oder Bestimmtes. Die Meinung, daß die wegen jener Unruhen Verhafteten hierher gebracht werden würden, weil hier die gerichtliche Untersuchung geführt werden sollte, hat gegenwärtig wenig für sich, obwohl es noch vor wenigen Tagen hieß, daß die Mitglieder der Untersuchungs-Commission schon ernannt worden seien; wahrscheinlicher ist es jetzt vielmehr, daß an Ort und Stelle die Untersuchung geleitet und zu diesem Ende, falls die dortigen richterlichen Kräfte nicht ausreichen, Commissarien hingeschickt werden. — Von dem hier versammelten protestantischen Concil, oder wie man es auch genannt hat, dem Berliner Kirchentage erfährt das Publikum natürlich nichts; denn die Verhandlungen werden unter dem strengsten Siegel der Amtsverschwiegenheit gehalten, wodurch wenigstens der Zweck erreicht werden dürfte, daß sie bei ihrer dereinstigen Veröffentlichung — und darauf müssen sie doch berechnet sein — einen desto größern Eindruck hervorbringen. Welche Richtung übrigens diese Verhandlungen nur nehmen können, läßt sich trotz aller Amtsverschwiegenheit bei den hinreichend bekannten Charakteren der Betheiligten unschwer ermessen. Es liegt auf der Hand, daß sie gegen die neuern reformatorischen Bestrebungen in der evangelischen Kirche gerichtet sind, und daß diese, wie die Erfahrung der Geschichte es in hundert Fällen gelehrt hat, erst durch die zu erwartenden Beschlüsse oder Rathschläge ihrer Gegner neue Kraft und größere Ausdehnung gewinnen werden. Für und wider die Belebung der kirchlichen Entwickelung in Deutschland, wie sie gegenwärtig vor sich geht, nehmen Anhänger und Gegner derselben ihre Gründe und Gegengründe aus den Zeiten der Reformation her; deshalb muß man es eine willkommene Gabe heißen, daß der Consistorialrath und Superintendent Bresler in Danzig die Herausgabe einer Geschichte der deutschen Reformation begonnen hat. Dieselbe erscheint in Heften und in einer durchaus volksthümlichen Sprache. Das Bedürfniß einer klaren Einsicht in das Wesen der Reformation für jeden Christen tritt aber in unsern Tagen dringender als je hervor, wie sich der Herr Verfasser mit Recht darüber ausspricht, da die leidenschaftlichen Bewegungen auf dem religiösen und kirchlichen Gebiete auch in edeln Gemüthern eine traurige Verwirrung hervorzurufen drohen, während Unwissenheit und Anmaßung sich erkühnt, die evangelische Freiheit, welche durch die Reformation wieder ans Licht gebracht wurde, zu schmähen und wo möglich zu vernichten. Das erschienene erste Heft dieser Reformationsgeschichte enthält die Darstellung von der Nothwendigkeit der Reformation, für welche als Zeugen die allgemeinen Kirchen-Versammlungen und die Päpste selbst mit ihren Thaten aufgeführt werden.

△ **Berlin**, 9. Januar. — Was sich in Bezug auf die von Seiten der Akademie besorgte Herausgabe der Werke Friedrichs des Großen schon längst erwarten ließ, ist jetzt eingetreten, die dazu eingesetzte akademische Commission bröckelt bereits stückweise auseinander. Herr v. Raumer hat, schon längst dies voraussehend, sich aller Theilnahme an den Arbeiten und Sitzungen gedachter Commission enthalten. Prof. Grimm hat neulich auch im Plenum der Akademie unter Angabe der Gründe seinen Auftrag zurückgegeben, und so ist es gekommen, daß zu einer neulich dieserhalb bestimmten wichtigen Sitzung von Seiten der Akademie nur der Präsident der Commission, Prof. Böckh, erschien und nach zweistündigem Warten mit dem Prof. Preuß unverrichteter Sache nach Hause ging. Von Seiten der Akademie scheint man es sowohl für den Präsidenten der Commission, als auch für deren übrige Mitglieder als Ehrensache anzusehen, daß selbige gleichfalls ihre Stelle niederlegen, da sich bei der gegenwärtigen Einrichtung nur ein bedeutender Geldaufwand ohne irgend ein entsprechendes Resultat herausgestellt hat. Es ist völlig unbegründet, daß Censurhindernisse bei der Herausgabe obwalten. Nur ein ganz unbegründetes Nachgeben gegen einen weltberühmten Gelehrten soll so ungünstig dabei wirken.

*** **Berlin**, 9. Januar. — Heute wurde die fünfte der Conferenzen in den Angelegenheiten einer gemeinschaftlichen evangelischen Kirchenverfassung in Deutschland abgehalten. — Die Brochüren-Literatur tritt in Beziehung auf diese Berathungen schon in diesem Augenblick wieder als sehr fruchtbar hervor. Der emer. Pastor Reineck hat unter dem Titel: „Die evangelische Kirche muß ein neues Glaubensbekenntniß haben!" ein Neujahrswort beim Zusammentritt des Berliner Concils an das deutsche Volk evangelischer Confession, erlassen und soeben hat wieder eine Denkschrift ähnlicher Tendenz unter dem Titel: „Die gegenwärtige allgemeine Synode der deutsch-protestantischen Kirche in Berlin, eine Ansprache an Regierende und Regierte, von einem Laien," die Presse verlassen. Beide Brochüren betrachten die erwähnte Versammlung nicht bloß als zur Festsetzung gemeinschaftlicher Maßregeln und Grundsätze, im Bereich der Kirchenverfassung, sondern sie dehnen dieselben auch auf neue Feststellungen in den Lehrsätzen und Lehrbegriffen des evangelischen Glaubens aus. Die letztere scheint, wie der Titel auch schon sagt, vor die Schranken einer rein theologischen, doch vorzugsweise in den innern Angelegenheiten der Kirche berathenden Versammlung zu gehören. — Gestern Abend waren, wie wir hören, bedenkliche und Besorgniß erweckende Nachrichten über den Character, den die Krankheit Sr. Majestät des Königs von Würtemberg annimmt, eingetroffen. Auch der König von Hannover soll sich in einem leidenden Zustand befinden. In den letzten Tagen des alten und in den ersten Tagen des neuen Jahres sind wieder eine große Anzahl sog. Unglücksleichen aufgefunden u. in der neuen Morgue in der Nähe der Charité, aufgestellt worden. So war vorgestern der Leichnam eines jungen Mannes in der Spree gefunden worden, der ganz sauber in einer Art von Negligé in einen Schlafrock mit einem Mützchen und gestickten Nachtschuhen bekleidet war, an den letzteren waren Schlittschuh angeschnallt. Es hatte somit der dem Anscheine nach noch in sehr jugendlichem Alter gestandene Verunglückte eine schnell unternommene, unbesonnene und gefährliche Promenade über die Spree mit seinem Leben bezahlen müssen. — Heute Morgen fand das Begräbniß des pensionirten Hofschauspielers Beschort statt; derselbe gehörte in die Reihe der besseren oder der besten deutschen Schauspieler. Wenn es ihm auch nicht gelang, den unbedingten Ruhm der Meisterschaft, wie ihn ein Fleck und Iffland besaß, zu erringen, so gehört er doch zu den ersten Stützen eines Kunst-Instituts, das zu seiner Zeit als eine Musterschule des deutschen Schauspieles galt und als solche noch bei allen Freunden der Kunst in lebhafter Erinnerung steht.

(Publicist.) Wenn man für das Jahr 1845 eine gleich starke Zunahme der Bevölkerung annimmt, wie sie im Jahre 1844 stattgefunden, so würde die Gesammtbevölkerung Berlins am Schlusse des Jahres 1845 394,370 Seelen betragen. Vom 1. Dez. 1844 bis 30. Nov. 1845 wurden bei dem hiesigen k. Criminalgericht überhaupt 2875 Untersuchungen eingeleitet. Davon waren: wirkliche Criminal-Untersuchungen, d. h. solche, auf welche das Strafrecht eine höhere Strafe als 50 Rthlr. Geldbuße oder vierwöchentliches Gefängniß verordnet: 1864, fiskalische Untersuchungen: 398, summarische Untersuchungen, d. h. Untersuchungen wegen solcher geringen Verbrechen und Vergehen, deren gesetzliches Strafmaaß 50 Rthlr. Geldbuße oder vierwöchentliches Gefängniß nicht übersteigt: 612. Die minder gefährlichen Diebstähle haben gegen das Jahr 1844 ab-, die gefährlicheren dagegen zugenommen. In obigen 2875 Untersuchungen waren überhaupt angeklagt 2660 Personen männlichen und 638 weiblichen Geschlechts, (3207 christ., 91 jüdischen Glaubens). 52 standen in einem Alter unter zwölf Jahren, 175 in einem Alter von 12 bis 16 Jahren, und 3071 hatten das 16te Lebensjahr überschritten. Rückfällig waren 1320 Verbrecher. Verurtheilt wurden 2672; vorläufig losgesprochen 437; völlig freigesprochen 189.

Begnadigt, gestorben oder durch Abolition von der Untersuchung befreit, sind im Laufe d. J. 45. — Es ist jetzt ein Jahr, daß das durch Cabinets-Ordre vom 5. August 1844 angeordnete **mündliche Schlußverfahren** in Criminalsachen bei der summarischen Abtheilung des hiesigen k. Criminalgerichts eingeführt worden ist. Die erste Sitzung fand am 9. Jan. v. J. statt. Seitdem sind in 96 Sitzungen 550 Untersuchungen durch mündliches Schlußverhör und darauf abgefaßtes Erkenntniß erledigt worden. — Am 3. Jan. Vormittags, erschoß sich im Thiergarten, in der kleinen Quer-Allee, ein Mann. Man fand bei ihm ein beschriebenes Blatt: „Mein letzter Wille" überschrieben, worin er ein „ehrlich Begräbniß" wünscht, seinen Feinden verzeiht, seine Freunde um stille Theilnahme bittet, da er nun endlich zu der bedürftigen Ruhe eingegangen sei, und zuletzt von seiner hinterbliebenen Tochter herzlichen Abschied nimmt. Und wer ist dieser unglückliche Selbstmörder? Es ist der Communallehrer B—l, derselbe, welcher in den hiesigen Zeitungen so warm für das Interesse der Volksschullehrer kämpfte, und so beredt die Unzulänglichkeit ihrer bürgerlichen pecuniären Stellung nachwies. Der Verstorbene stand im kräftigsten Mannesalter. Die Ursachen seines verzweifelten Todes sind unbekannt.

Der D. A. Z. wird aus Berlin geschrieben: Baron Rothschild, der eine Herrschaft in Oberschlesien angekauft hat, macht Ansprüche auf das kirchliche Patronatsrecht, solches dürfte ihm jedoch nach den darüber bestehenden Gesetzen nicht gewährt werden, indem es auch die Berufung der Geistlichen in sich begreift.

Cammin in Pommern, 4. Januar. In der Nacht zum 2ten d. strandete seit Beginn der Herbststürme nunmehr das vierte Schiff an unserer Küste. Leider war unser Strand in diesem Jahre besonders der Schauplatz der traurigsten Ereignisse, an welchen größtentheils wohl die immer mehr zunehmende Spekulationswuth und Waghalsigkeit Schuld sein mag. In der erwähnten Nacht hörte man in dem Dorfe Lüchenthin an der Küste das Hülfegeschrei der Schiffbrüchigen auf dem ein Paar hundert Schritt vom Strande liegenden Dreimaster „Marida von Memel", welcher, mit Salz beladen, bereits in der Nordsee große Stürme ausgehalten und dort durch Sturzwasser einen Matrosen vom Bord verloren hatte, bei Rügen auf den Sand gerathen war und das Steuer und wieder einen Matrosen verloren hatte. Sich dem Winde übergebend hatte es geglaubt, den Hafen von Swinemünde zu erreichen, wurde aber von dem heftigsten Sturm auf unsern Strand geworfen. — Es wurden sogleich zur Rettung alle Anstalten getroffen, da aber das genannte Dorf nur Bauern hat, so mußten die Böte von den benachbarten Fischerdörfern Divenow etc. durch die Brandung herbeigeschafft werden. Das erste Rettungsboot langte, der wüthenden Brandung trotzend, bei dem Wrack an und lud vier der Unglücklichen ein. Auf dem Rückwege aber schlug das Boot dicht am Ufer um und der Fischer mit zweien der Schiffbrüchigen wurden von den Wogen verschlungen, während die andern zwei an's Land geworfen wurden. Jetzt wurde, da es unmöglich war, in dem wüthenden Element dem Wrack zu nahen, aus dem nahe und hart an der See belegenen Gute Hoff die Rettungskanone herbeigeschafft. Der erste Schuß gelang zwar und fiel die Kugel dicht hinter dem Schiff in das Wasser, doch war das Rettungstau gerissen. Die zweite Kugel fiel unglücklich und zwar noch vor dem Schiff ins Wasser; beim dritten Schuß war die Finsterniß bereits zu groß und man mußte die Unglücklichen, deren Angst- und Hülfegeschrei man eine halbe Meile weit hörte, in der eiskalten, schwarzen Winternacht ihrem Schicksal auf dem Wrack überlassen. Früh am dritten Morgen sah man, wie sich die sechs Schiffbrüchigen auf die Masten geflüchtet und fest geklammert hatten, wo sie wahrscheinlich die ganze Nacht in der Erstarrung zugebracht. Die Rettungsversuche begannen von Neuem und mit rastloser Thätigkeit; da die See noch gleich hoch ging, so war mit Böten nichts zu machen. Die Schiffbrüchigen banden eine Tonne an Taue, um diese an's Land schwimmen zu lassen; aber alles mißlang; endlich fiel die dreizehnte Kugel glücklich auf das Schiff, haftete aber auch hier nicht und wäre wieder vom Schiff gefallen, wenn sie sich nicht in die Takelage verwickelt hätte. Jetzt hielt man durch verschiedene Taue das Wrack mit dem Lande in Verbindung, die Unglücklichen mußten sich ein vom Lande her transportirtes großes Boot heranziehen und durch Stricke vom Wrack in dasselbe hinablassen. Kaum war der letzte im Boot so zog ein Theil der Tausende, welche sich am Ufer versammelt hatten, an dem Tau des Bootes; bald schwebte dies hoch auf dem Kamm der Welle, bald war es den Augen verschwunden. Endlich nahete das Boot dem Ufer und glücklich waren die Unglücklichen dem Wassertode, jedoch an Händen und Füßen erfroren, entronnen. (Voss. Z.)

Königsberg. (Ztg. f. Pr.) Der König hat in Berücksichtigung der ungünstigen äußern Lage, in welcher sich ein Theil der evangelischen Geistlichen befindet, bestimmt, was schon der hochselige König vollständig auszuführen beabsichtigte, daß die Dotation derjenigen evangelischen Pfarrstellen landesherrlichen Patronats, mit welchen ein geringeres Diensteinkommen als 400 Thlr., verbunden ist, bis zu einem Einkommen von diesem Betrage verbessert werde.

Königsberg, 5. Januar. (D. D.) So wie in Danzig, eben so ist das religiöse Element hier jetzt vorherrschend. Wir leben in einer sehr bewegten Zeit und selbst die durch die Staatszeitung so eben zur öffentlichen Kenntniß gebrachten Landtags-Abschiede haben zur Beruhigung nur wenig beitragen können! — Zur Zeit ist unser neuer Polizei-Präsident Lauterbach nach Straßburg gereist, um seine ländliche Besitzung zu verkaufen. Ein Beweis also, daß Herr Lauterbach in seiner jetzigen Stellung hier verbleiben, und nicht, wie Viele vermeinen, nur zur Probe, d. h. bis Ostern und bis zur Ablösung durch Herrn Ober-Präsidial-Rath Zander hier bleiben wird. In Stelle des nächstens von hier ausscheidenden Polizei-Raths Grabe, strengen und peinlichen Vorsteher des Fremden- und Paß-Bureaus, bezeichnet man den Polizei-Rath Schulz aus Danzig.

B Königsberg, 6. Januar. — Der Zwiespalt, welchen der neuliche Beschluß der **Börsenhalle** zwischen Militair und Civil auf's Neue wieder lebendig gemacht hatte, ist durch die gestern anberaumt gewesene außerordentliche Versammlung nicht aplanirt worden, da die nach mehrstündiger enragirter Debatte endlich eingeleitete Abstimmung solche Unregelmäßigkeiten im Gefolge hatte, daß sie für nichtig erklärt werden mußte und eine Erneuerung derselben bei der weit vorgerückten Abendzeit nicht mehr stattfinden konnte. — Unser Polizei-Präsident Herr Lauterbach hat von dem Ober-Präsidium den Auftrag erhalten, sich nach Strasburg zu verfügen, um durch seine, aus seiner frühern Stellung als Landrath des dortigen Kreises erworbene Lokal- und Personalkenntniß, bei Erforschung des über Posen und Westpreußen sich erstreckenden Complotts Beistand zu leisten. Auch ist eine Schwadron Kürassiere von Deutsch-Eylau dahin dirigirt worden. Die Entdeckung des Complotts soll dem preußischen Gesandten in Paris zu verdanken und von daher die erste Anzeige davon gemacht worden sein.

** **Thorn**, 7. Januar. — Den hiesigen Ereignissen hat man auswärts eine weit größere Bedeutung beigelegt, als sie im Grunde genommen zu verdienen scheinen. Es hieß, daß bei uns Excesse stattgefunden hätten, man sprach von einer Verschwörung, die hier zum Ausbruche kommen sollte; doch erste es ist nicht wahr und letzteres nicht erwiesen. In unserer Stadt ist es fortwährend ruhig gewesen. Der Hergang der Dinge selbst war Folgender: Den 29. December spät Abends wurden plötzlich sämmtliche Wachen, die Hauptwache so wie die Thorwachen, mit doppelter Mannschaft versehen unter die man scharfe Patronen vertheilt hatte; Patrouillen durchzogen darauf die Straßen, ohne jedoch auf einen Ruhestörer zu stoßen. Die Thore wurden gesperrt; jedoch wurde der Verkehr hierdurch nicht gestört, Landleute kamen ungehindert auf den Markt und selbst dem Spaziergänger öffnete man die Thore; nur wurde beim Eingange eine vollständige Legitimation verlangt. Den 30sten früh ließ der Commandant zwei Kanonen nebst Pulverkarren auf den Platz vor die Hauptwache fahren, und auch drei junge Polen, die sämmtlich als Volontairs bei dem hiesigen 33sten Regimente dienten, und von denen einer Unteroffizier war, in strenge Haft bringen. Andere Verhaftungen haben seitdem nicht stattgefunden. Jetzt scheint die Besorgniß der hiesigen Behörden sich gelegt zu haben, denn die Kanonen hat man bereits wegfahren lassen, nur der sogenannte Blokadezustand, der im Grunde genommen, den hiesigen Einwohner wenig genirt, ist noch nicht aufgehoben. Man ist hier bereits der Meinung, daß das ganze eine unnütze Besorgniß gewesen sei, obwohl man anfangs viel von einer Verschwörung und einem Plane der Verschworenen unsere Stadt und Festung zu überrumpeln gefabelt hatte. Wäre dies der Fall, so müßten doch auf dem platten Lande sich irgendwie Unruhen gezeigt haben, die wegen der geringen Militairmacht in dem südlichen Theile unserer Provinz, schwerlich bald hätten gedämpft werden können.

& **Posen**, 8. Januar. — Wir hatten vor einiger Zeit Gelegenheit, der 24sten Sitzung des „Provinzial-Enthaltsamkeits-Verein für die Provinz Posen" beizuwohnen und müssen gestehen, daß wir unsere Meinung von der Natur dieser Vereine gänzlich geändert haben; ohne gerade enthusiastischer Verehrer dieser Anstalten zu sein, halten wir es doch für unsere Pflicht, das zeitungslesende Publikum über den Irrthum, als seien diese Vereine religiöser oder gar pietistischer Tendenz, aufzuklären; es sei denn, daß man die Ausübung des rein praktischen Christenthums in der Liebe zu allen Menschen, zu den Anhängern aller Confessionen dafür hielte, indem es die Tendenz der Vereine ist, einmal der Versuchung an sich zu widerstehen, andererseits aber in brüderlicher Liebe den Mitmenschen dafür zu bewahren. Mindestens ist die Tendenz des Posener, seit Februar 1845 von Dr. La Roche gestifteten Vereins eine Tendenz der allgemeinen Menschenliebe, die sich nicht allein in der kräftigen, ächt volksthümlichen Rede, die derselbe, mit Unterbrechung durch Vorlesung einzelner Fälle von halb 5 bis nach 7 Uhr am ersten Feiertage vor einem Auditorium von 3—400 Menschen hielt, die sich auch in der Praxis bethätigte, da wir sahen, daß unter den 18 neu hinzutretenden Mitgliedern der vierte Theil Israeliten waren. Da in der letzten Versammlung 18 Personen, und in jeder der alle 14 Tage gehaltenen Versammlungen eben so viel und mehr zutraten, so hat sich dieser Anfangs aus 50 Mitgliedern bestehende Verein schon bis auf gegen 1000 Theilnehmer ausgedehnt. Wie gesagt, in der Rede, die wir gehört haben, kam kein pietistisches Wort vor (wie könnte es auch in einer so aus allen Religionsansichten gemischten Versammlung!). Das einzige, oft wiederholte Feldgeschrei des Redners war: „Branntwein weg!" Der Name des Dr. La Roche hat bei den Theilnehmern der Mäßigkeitsgesellschaften schon einen guten Klang; er befand sich bei der im August v. J. in Berlin stattgehabten Versammlung der Deputirten der Mäßigkeitsgesellschaften Deutschlands, Schwedens, Dänemarks etc. Es wurde von den Deputirten ein General-Ausschuß von 12 Personen zum spezielleren Wirken in dieser Angelegenheit gewählt und Herr La Roche befand sich bei demselben mit großer Stimmenzahl. Diese Zwölf sollten sich nun in Verbindung setzen und da die Berathungen sehr schwierig sind, der großen Entfernung wegen, welche den General-Ausschuß trennen, hat Herr La Roche beschlossen, vom Januar d. J. ab das seit 1840 von ihm redigirte Blatt, zuletzt unter dem Namen „Mäßigkeits-Herold" bekannt, umzuändern, und unter dem Titel „General-Blatt für die Mäßigkeitsreform in Deutschland" zu einem allgemeinen Organ der Enthaltsamkeits-Interessen unseres Vaterlandes zu machen. Die vielen Freunde des „Herold" werden gewiß durch die ausgebreitetere Tendenz gewinnen und wir empfehlen das Blatt allen denen, die sich näher mit dem Wesen der Enthaltsamkeits-Vereine bekannt machen wollen. Ohne der Sache Proselyten werben zu wollen, wünschten wir doch, daß man ihre Wirksamkeit, die immer eine aufklärende ist, von der des Pietismus, die immer eine verfinsternde ist, trennen möchte. Es sind zwar fast alle Pietisten Mäßigkeits-Mitglieder, weil sie keine Art von Fessel (und sie wissen bald eine Fessel aus den freiwilligsten Gelöbnissen zu machen) verschmähen, um das Volk zu gängeln; aber lange nicht alle Mitglieder der Enthaltsamkeits-Vereine, deren Zweck es ist, den Menschen aus den Fesseln des Trunkes zu befreien, sind Pietisten. Gott sei Dank! — Der von uns schon öfter erwähnte Licentiat W. hat versucht, da alle andere Mittel nicht recht anschlagen wollten, unsere Christkatholiken des Communismus zu verdächtigen und bemerkte, es sei doch ein wahrhaft wunderbares Verlangen der Neukatholiken, daß sie wollten, die Reichen und Wohlhabenden sollten ihr sauer erworbenes Brot unnützen Vagabonden umsonst hingeben. Ferner behauptet der ehrenwerthe Herr, die Christkatholiken stellten es ihren Anhängern als ein Gebot Gottes hin, daß sie alle Fleisch essen müßten, indeß doch gerade das Gegentheil von Gott verlangt werde. Und da wundert man sich noch, wenn die Aufklärung unter Leuten, die solchen Kanzelvortrag bis zu Ende gläubig anhören, nicht fortschreitet?

(Wes.-Z.) Die Untersuchung der bei dem entdeckten Complott Betheiligten wird in aller Stille mit großem Eifer fortgesetzt, doch verlautet noch wenig Sicheres über die Ergebnisse. — Einen Inquisiten hat man versucht zu vergiften. Es ist nämlich gestattet, den Inhaftirten Lebensmittel zu verabreichen. Eines Morgens nun

bringt eine Dienstmagd für den Einen Kaffee. Der denselben in Empfang nehmende Unteroffizier findet aber den Geruch desselben sonderbar und macht Anzeige. Die angestellte chemische Analyse ergiebt, daß der Kaffee eine Quantität Phosphor enthält.

Köln, 31. December. (A. Z.) Einem Gerücht zufolge, welches nicht ohne alle Wahrscheinlichkeit ist, dürfte der hiesige Weihbischof Dr. Claessen Aussicht haben zum Coadjutor der Diöcese Münster erwählt zu werden, sobald überhaupt dort eine solche Wahl nothwendig werden sollte. — Die neuesten Nachrichten aus Düsseldorf bestätigen leider, daß sowohl der Professor Lessing als die Maler Schrötter und Steinbrück diese Stadt verlassen und nach Frankfurt a. M. übersiedeln werden. Unzureichende Beschäftigung und das allerdings niederschlagende Gefühl ausländische Künstler wie de Biefve und de Keyser mit der Ausführung großer der Brandenburgischen Geschichte angehörenden Bilder beauftragt zu sehen, scheinen diesen für die Akademie gewiß höchst schmerzlichen Verlust herbeizuführen.

Kreuznach, 2. Januar. (Elbf. Z.) Am 24sten v. M. befand sich in Ihrer Beilage folgender Artikel: „Nach Aussage der in Potsdam verheiratheten Schwester des Herrn Pfarrer Kerbler habe sich ihr Bruder mit einem Mädchen in Süddeutschland verlobt und dieselbe seinem in Landeck wohnenden Vater bereits vorgestellt.“ Dies ist eine reine Erfindung! Der Wahrheit gemäß ist, daß Pfarrer Kerbler wohl noch lange nicht daran denken wird, sondern immer der großen und wichtigen Sache lebt, welcher er sich mit ganzer Seele ergeben hat; diese ist seine Braut!

Straßerhof, 4. Januar. (Elbf. Z.) Heute sahen wir Pfarrer Licht von Elberfeld durchkommen, welcher in Schlebusch anwesend war, um eine Taufe in einer deutschkatholischen Familie abzuhalten. Leider war die heilige Handlung vielfach durch Tumulte von gewisser Seite unterbrochen worden; wurde der ehrwürdige Geistliche auf dem Rückwege von einer Menge berauschter Buben und Männer verfolgt, und er und seine Geleiter mit Steinen geworfen. Die Verhältnisse lassen eine Aufhetzung von gewissen Seiten vermuthen, indem die Hauptanführer stets zwischen dem römisch-katholischen Pfarrhause und der Schenke einherliefen.

Vom Rhein, 2. Januar. (Sp. Z.) Da der Verein vom h. Carl Borromäus so eben ein merkwürdiges Lebens- und Wirkungszeichen von sich giebt, einen „Aufruf zur Bildung von Localvereinen“ in der Rhein- und Mosel-Zeitung, so benutze ich den Anlaß, in die wirklich bedeutende Sache etwas genauer einzugehen. Bekannt ist es, daß der Borromäus-Verein im Laufe dieses Sommers gegründet wurde, zu allernächst um den Gustav-Adolf-Verein nicht sowohl zu copiren, als vielmehr um ihm ein kräftiges Gegengewicht zu halten. Der Freiherr v. Loë und der Graf zu Fürstenberg-Stammheim waren unter seinen Stiftern. Es ist nicht zu läugnen, daß die Wirksamkeit des Vereins eine in mehr als einer Beziehung bedeutende, daß seine ganze Einrichtung, seine erste Anlage eben so schlau, als sorgsam berechnete ist. Schon der Name war höchst glücklich gewählt. Während der Gustav-Adolfs-Verein, seiner Bestimmung wegen, in katholischen Ländern Anstoß gab, als ein dem Katholicismus feindseliger, war der neutrale Name des h. Carl Borromäus durchaus geeignet, jeden äußern Anlaß zu feindlichem, hindernden Entgegentreten zu beseitigen. Auch die Statuten sind mit derselben Zurückhaltung und Vorsicht abgefaßt, und ungeachtet des Vielen und Mannigfaltigen, was sich in sie hineininterpretiren läßt, dürften die Wirkungen des Vereins bald ganz anderer Art sein, als man sie diesen Statuten zufolge sich hätte denken können. Das ist freilich wahr, ein kirchlicheres Leben wird durch den Verein geweckt werden, aber auch eine Unduldsamkeit, die in bürgerlicher und staatlicher Beziehung die unglückseligsten Folgen haben kann; eine Macht wird herangebildet werden, die, weil sie über willenlose und blinde Werkzeuge verfügen kann, die Zeiten der römischen Hierarchie, wenn auch im geringeren Maßstabe, in das Gedächtniß rufen, und der weltlichen Gewalt, dem Staat, die größten Verlegenheiten bereiten dürfte. Ob unter diesen Umständen der Staat nicht wünschen sollte, daß das kirchliche Leben nicht so wachse und blühe wie man von verschiedenen Seiten lobpreisend ausposaunt, namentlich wenn das in der protestantischen Kirche ebenfalls erwachte kirchliche Leben zu größerer Starrheit des Dogmas führt, indeß die Liebe, das höchste Gebot des Christenthums, die Liebe, die Duldung predigt, aber freilich auch in Indifferenz ausarten kann, täglich minder wird; — dies möchte wohl nicht schwer zu beantworten sein. Die Gegensätze werden so schroff aneinander entgegentreten, daß man die Vermittelung derselben zu bewirken vergeblich bemüht sein wird, namentlich, wenn von ultramontaner Seite auch noch politische Antipathien genährt werden.

Vom Niederrhein, 4. Januar. (Köln. Z.) Am 2ten d. M. sahen wir den Markt der Stadt Crefeld gedrängt voll gepfändeter Ackerpferde, umgeben von einer großen Menschenmasse. Es war abermals die Habe jener Bauern, welche für den Friemersheimer Dammbau zwangsweise verkauft werden sollte. Die angesetzte Verkaufsstunde war 12 Uhr Mittags; indessen ereignete sich hier der merkwürdige Fall, daß um halb 2 Uhr Nachmittags die Executions-Behörde noch nicht erschienen war, weshalb der Verkauf nicht stattfinden konnte. Die unglücklichen Bauern sind nun, ungeachtet man sie vergebens nach Crefeld beschieden hat und ihr Vieh auf den Märkten der Städte Meurs, Uerdingen und Crefeld keine Käufer fand, aufgefordert worden, dasselbe nach dem einige 30 Wohnstellen großen Dorfe Friemersheim zu bringen, wo weder der kleinste Markt, noch irgend ein Marktplatz vorhanden ist. Hier soll die Habe jener Leute von denjenigen gekauft werden, welche den Friemersheimer Damm hervorgerufen und von ihm auch wirklich Schutz haben, deren Interesse es daher erheischt, zum Baue desselben eine möglichst große Anzahl von Contribuenten heranzuziehen. Inwiefern solche Mittel erlaubt und mit der bekannten Humanität unserer hohen Behörden in Einklang zu bringen sind, hierüber wollen wir dem Urtheile des Publikums nicht vorgreifen.

Deutschland.

Dresden, 7. Januar. (D. A. Z.) Durch einen Gegenstand, der zwar nicht zu der eigentlichen Tagesordnung gehörte, dessenungeachtet aber den größten Theil der Sitzungszeit in Anspruch nahm, wurde die heutige Sitzung der II. Kammer eine der interessantesten und lebendigsten, die während des gegenwärtigen Landtages stattgefunden haben. Es betraf dieser Gegenstand die von dem Ministerium des Innern verfügte Einziehung der Concession zur Herausgabe der Sächsischen Vaterlandsblätter, und die Discussion hierüber wurde hervorgerufen durch eine auf der Registrande befindliche Beschwerde des Redacteurs und des Verlegers dieser Zeitschrift, welcher sich vier Petitionen um Zurücknahme dieser Maßregel, aus Dresden, Lichtenstein, Zwickau und Roßwein, anschlossen. Die Beschwerde und die Petition aus Dresden waren durch den Abg. Todt eingereicht und wurden von diesem bevorwortet, der zuvörderst bemerkte, daß diese Ueberreichung bereits früher erfolgt sein würde, wenn nicht bis heute Krankheit ihn verhindert hätte, in der Kammer zu erscheinen. Als er beim Jahresschlusse den Sitzungssaal verlassen, habe er nicht geglaubt, daß sein erstes Wort in demselben im neuen Jahre der Einführung einer Beschwerde gelten werde; er habe nicht erwartet, daß die Regierung einem Journale, welches eines so großen Leserkreises im Volke sich zu erfreuen habe, wie es bei den Vaterlandsblättern der Fall gewesen, Hemmnisse in den Weg legen, noch weniger, daß sie ein solches Blatt, das, geachtet im In- und Auslande, mit Ernst dahin gestrebt, für Ehre und Sittlichkeit und Ausbildung des constitutionellen Lebens zu wirken, unterdrücken werde. Daß diese Unterdrückung gerade jetzt erfolgt, wo die Stände hier versammelt seien, wo man voraussetzen mußte, daß Beschwerden darüber eingehen würden, scheine ihm als eine Verhöhnung der Landstände, als eine Lähmung der Wirksamkeit der Kammern; es scheine ihm, als wolle die Regierung damit sagen: wir kümmern uns nicht darum, wir sind im Besitze der Macht, mit euern Sympathien wollen wir schon fertig werden. Während zur Weihnachtszeit jeder Familienvater bemüht sei, den Seinen eine Freude zu bereiten, habe die väterliche Regierung Sachsens dem Land ein Weihnachtsgeschenk mit einer Reactionsmaßregel gemacht. Diese Maßregel werfe ein trauriges Licht auf die Sache des constitutionellen Lebens, auf die Zustände Sachsens überhaupt, und wer diese im Zusammenhange betrachte, werde gestehen müssen, daß die Regierung dem Systeme der Reaction nicht blos zueile, sondern sich bereits mitten darin bewege. Er könne zu solchen Maßregeln nicht schweigen, sonst glaube er sich an Denen zu vergehen, die ihn hierher gesendet, und er wünsche, daß auch die Kammer sich hierüber aussprechen, bestimmt und energisch aussprechen möge. Möchten auch die Feinde des Lichts triumphiren, daß es ihnen gelungen, zu siegen, so gebe er doch die Hoffnung nicht auf, daß auch einst der anbrechende Tag triumphiren werde. Der Abg. Oberländer bevorwortete die Petitionen aus Lichtenstein und Zwickau und schloß sich Dem an, was der Abg. Todt ausgesprochen. Auch ihm scheine es, als habe die Regierung den Pfad des edlen Conservatismus, auf dem sie seit der Constitution im In- und Auslande so viel Ruhm geerntet, verlassen, denn es handle sich hier nicht sowohl um die Unterdrückung eines einzelnen Blattes, sondern um ein ganzes System, um Regierungsmaßregeln, wodurch die öffentliche Meinung, wie sie sich durch ganz Deutschland ausspreche, unterdrückt, der Zustand des Landes einer Partei überlassen werden solle, welche den Geist der Zeit in längst verlassene Bahnen zu bringen sich bemühe, die Unterdrückung der Freiheit sich zum Ziele gesetzt habe, die Grundsätze der Religion, Liebe und Eintracht nicht kenne. Es sei dies die aristokratisch-jesuitische Partei, und diese wähne sich jetzt am Ziele; auch sei sie am Ziele angekommen, nämlich an der Grenze des Gesetzes, an der Grenze ihrer Macht, denn er zweifle nicht, daß solchen Maßregeln die öffentliche Meinung entschieden entgegentreten, daß die Stimme der Bürger Sachsens dieselben mißbilligen und bestrafen werde. Die Petition aus Roßwein bevorwortete der Abg. Schaffrath, der den ersten beiden Rednern beitrat und nur in einem Punkte nicht ganz beistimmen könne; er habe sich nämlich über diese Maßregel der Regierung keineswegs verwundert, sondern sie vielmehr als nothwendige Folge des jetzigen Regierungssystems längst befürchtet. Wie das System des Fortschritts stets zu Maßregeln des Fortschritts dränge, so führe das reactionaire System zum Gegentheile. Das Verbot des „Echo vom Hochwald“ habe zum Verbote der „Sonne“ geführt und dieses zur Unterdrückung der Vaterlandsblätter gedrängt, aber auch dabei werde man nicht stehen bleiben, man werde alle freisinnigen Blätter vernichten und nicht eher ruhen, bis endlich dumpfe Kirchhofsruhe in Sachsen herrsche. Was die Maßregel selbst betreffe, so liege in ihr eine Mißachtung des Volks, dessen Stimme mit der Stimme der Presse identisch sei. Freilich werde sich die Regierung auf ihr formelles Recht berufen, allein er müsse auch dies bestreiten, denn es stütze sich nur auf eine Verordnung, keineswegs auf ein von den Ständen sanctionirtes Gesetz, und auch dort würden für eine solche Maßregel Gründe vorausgesetzt, die man bei den Vaterlandsblättern vergeblich suche. Da durch diese drei Redner die über diesen Gegenstand vorliegenden Petitionen sämmtlich bevorwortet waren, aber bereits mehre Abgeordnete als Sprecher sich noch angemeldet hatten, so richtete der Präsident an die Kammer die Frage, ob sie wünsche, daß hierüber eine eigentliche Discussion eröffnet werde? und nachdem diese Frage einstimmig bejaht worden, ertheilt das Wort der Abg. Jani. Die Concessionsentziehung der Vaterlandsblätter, bemerkte er, sei eine bedauerliche Maßregel, die er schon deshalb als solche bezeichnen müsse, weil hierdurch die Betheiligten um einen Theil ihres Eigenthums gebracht würden. Der Grund zu diesen Maßregeln sei in dem Nichtvorhandensein eines Preßgesetzes zu suchen; so lange man kein Preßgesetz habe, stehe der Regierung kein anderes Mittel zu Gebot, einer gewissen Gesammtrichtung der Blätter entgegenzutreten, als Concessionsentziehung. Gegen einzelne Worte gegen einzelne Artikel könne wohl die Censur einschreiten, nicht aber gegen eine allgemeine Richtung, gegen die Tendenz eines Blattes. Der Abg. v. Thielau vertheidigte die Regierung gegen die ihr gemachten Vorwürfe, eben so v. Beschwitz. Hierauf ergriff der Staatsminister v. Falkenstein das Wort, um die Kammer über den wahren Grund der Maßregel, die man so hart getadelt, ins Klare zu setzen. Die Regierung habe das Recht, Concessionen zu ertheilen; die Concession zur Herausgabe der Vaterlandsblätter sei, wie für alle Zeitschriften neuester Zeit, ausdrücklich auf Widerruf ertheilt; man habe durch Androhung der Concessionsentziehung, durch die Censur, selbst mündlich, die Redaction ermahnt, die Rücksichten gegen den Staat, gegen den deutschen Bund und gegen befreundete Regierungen nicht aus den Augen zu setzen. Alles sei vergeblich gewesen, die Regierung habe es nicht länger verantworten können, ein solches Blatt fortbestehen zu lassen, und so habe sie sich, da alle Mittel, die Redaction zur Vorsicht zu bewegen, fruchtlos geblieben, endlich zur Concessionsentziehung genöthigt gesehen. Wenn übrigens gesagt worden sei, daß diese Zeitschrift der Achtung des Auslandes sich zu erfreuen gehabt habe, so erinnere er, daß sie eben in den meisten Staaten Deutschlands verboten gewesen sei. Auch er wünsche von Herzen ein Blatt, das in wahrhaft liberalem Sinne die Aufklärung des Volks sich zum Ziele gesteckt habe; auch er halte es für ein Unglück, wenn ein Volk unwissend sei, aber ein noch größeres Unglück sei es, wenn ein Volk irregeleitet werde. Die Vorlesung der Verordnung über die in Rede stehende Concessionsentziehung von der Ministerbank aus veranlaßte den Abg. Todt, den Antrag zu stellen, daß nunmehr auch die bei der Kammer eingegangene Beschwerde vorgetragen werde; es sei dies eine Forderung der Gerechtigkeit, und die Landtagsordnung stehe Dem nicht entgegen. Hierauf erhob sich der Abg. v. d. Planitz und stellte den Antrag, daß alsdann, nach Vorlesung dieser Beschwerde, die Debatte über diesen Gegenstand geschlossen werde; das Resultat der Discussion könne heute doch kein anderes sein, als daß die Beschwerde einer Deputation überwiesen werde, und es sei daher nur unnütze Zeitverschwendung, die Debatte noch mehr zu verlängern. Dem Todt'schen Antrage

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu № 9 der privilegirten Schlesischen Zeitung.

Montag den 12. Januar 1846.

(Fortsetzung.)

trat die Kammer, nachdem noch der Abg. Hensel II. für denselben gesprochen, einstimmig bei, und die Beschwerde wurde durch den Secretair Hensel I. der Kammer vorgelesen. Dagegen wurde gegen den Antrag des Abg. v. d. Planitz von mehren Seiten Einsprache gethan. Die Abgg. a. d. Winckel und v. Gablenz sprachen dafür; sie machten hauptsächlich geltend, daß es ohne eine reiflichere Erwägung, ohne eine sorgfältigere Untersuchung des Sachverhältnisses nicht möglich sei, sofort die reine Wahrheit herauszufinden, und die Debatte würde ohne Zweifel eine noch weitere Ausdehnung gewonnen haben, hätte nicht der Abg. Klien den Antrag gestellt, daß die Debatte über den Antrag des Abg. v. d. Planitz auf Schluß der Debatte geschlossen werde. Dieser Antrag wurde zahlreich unterstützt und angenommen, worauf der Planitz'sche Antrag zur Abstimmung kam und gegen 16 Stimmen ebenfalls Annahme fand; die Beschwerde und die Petitionen über die Concessionsentziehung der Vaterlandsblätter wurden alsdann an die vierte Deputation überwiesen.

Karlsruhe, 7. Januar. — Unsere heutige Zeitung bringt einen, dem Anscheine nach halbofficiellen Artikel über die Zulässigkeit des Antrags des Abgeordneten Welcker, „daß in den Abtheilungen eine Commission ernannt werde, um eine Adresse an Se. k. Hoh. den Großherzog zu entwerfen, in welcher auf angemessene Weise auf die Gefahren des bisherigen ministeriellen Systems und auf die Nothwendigkeit einer vollkommenen Beschützung aller verfassungsmäßigen Rechte der Bürger hingewiesen werde." Es heißt in diesem Artikel: „Die Wirksamkeit der Kammern ist durch die Verfassung bestimmt, so wie diese auch die Grenzen dieser Wirksamkeit genau bezeichnet. Die Geschäfts-Ordnung giebt sodann die Art und Weise an die Hand, in welcher diese Wirksamkeit beider Kammern und jeder einzelnen ausgeübt werden darf und muß. Daß die Kammern die ihnen gewährten Rechte in voller Ausdehnung zu wahren und überall nichts zu vergeben haben, was ihnen durch Verfassung und Geschäftsordnung zusteht, bleibt unbestritten; eben so unzweifelhaft ist es aber auch, daß sie in keinerlei Weise die Grenzen ihrer Befugnisse und Rechte überschreiten dürfen. Jeder etwaige Uebergriff, jede einseitige oder gar willkürliche Auslegung der einzelnen Bestimmungen der Verfassung sind von den Räthen der Krone entschieden zurückzuweisen. Es können mit einem Worte die Kammern einzeln und im Ganzen nur innerhalb der Verfassung und der Geschäftsordnung sich bewegen; was darüber hinausgeht, ist vom Unrecht, und muß eben so nachtheilige Folgen herbeiführen, als wenn die Minister sich Eingriffe in die verfassungsmäßigen Rechte der Kammern erlauben. Wenden wir diese allgemeinen unbestrittenen Sätze auf den Antrag des Abgeord. Welcker an, so entsteht zunächst die Frage: ist derselbe durch die Verfassung oder Geschäftsordnung begründet?" Diese Frage verneint nun der Artikel der „Karlsruher Zeitung", und bezieht sich deshalb auf die darauf hinzielenden Paragraphen der Verfassung und der Geschäftsordnung. Dann heißt es am Schlusse: „Die sonst übliche Dankadresse sollte benützt werden, um Tadel über das bisherige ministerielle System gegen den Regenten auszusprechen. Dieser Weg ist aber ungeeignet, weil nicht in der Verfassung gegründet."

Höfingen, Großherzogth. Baden, 29. December. (Seebl.) Die Petition an den Erzbischof in Freiburg um eine Bisthums-Versammlung wurde von 152 Bürgern von hier unterschrieben und dahin abgegeben. — Die von Constanz an den Erzbischof ergangene Petition wurde in der Pfarrei und Gemeinde Heiligenberg den Bürgern nie zur Unterschrift vorgelegt, man glaubt, daß die Pfarrer eine geheime Instruction erhalten haben, daß fragliche Petition nicht zur Unterschrift vorgelegt werden darf.

Mosbach, 3. Januar. (Karlsr. Z.) Heute ist auch von hier die vielbesprochene Petition an den Erzbischof, um Einberufung einer Bisthums-Versammlung, mit zahlreichen Unterschriften der katholischen Beamten und Bürger, nahe an hundert, nach Freiburg abgegangen.

Heidelberg, 6. Jan. (Fr. J.) Der hiesige katholische Kirchen- und Stiftungsvorstand, hat bereits in einer früheren, vom Geh. Rathe Mittmaier abgefaßten Eingabe an den Erzbischof in Freiburg die Wünsche vieler hiesigen Katholiken, die Abhaltung von Synoden betreffend, ausgesprochen. Ob nun derselbe gleich eine abweisende Antwort von dem Erzbischof erhalten, so wird der gedachte Vorstand jetzt doch eine zweite Eingabe, deren Verfasser ebenfalls Hr. Mittermaier ist, an die Curie einsenden. Es will dieses Collegium nämlich Alles anwenden, um eine Reformation innerhalb der katholischen Kirche auf gesetzlichem Wege zu bewirken, und es ist, wie verlautet, der Ansicht, daß wenigstens vorerst keine andere Petition von den Mitgliedern der katholischen Kirchengemeinde an die Curie eingereicht werde.

Ulm, 3. Jan. (D. A. Z.) Seit einigen Tagen circulirt hier das Gerücht, daß die (oder einige?) norddeutsche Bundesstaaten die ferneren Einzahlungen zu dem Bau unserer Festung an die Bedingung geknüpft hätten, die Festungs-Oberbaudirection, beziehungsweise Major v. Prittwitz, solle ungesäumt einen andern Bauplan ausarbeiten und der Bundesversammlung in Frankfurt a. M. vorlegen.

Hamburg, 5. Januar. (Brem. Z.) Die Discontobank ist so gut wie begründet; das Zutrauen zu derselben ist außerordentlich und allgemein, und eben dieses Zutrauen macht sie sicher; das Frankfurter Haus Rothschild hat durch M. M. Warburg hier eine halbe Mill., ein anderes Frankfurter Haus ebenfalls eine halbe Mill. zeichnen lassen; Jeder beeilt sich zu zeichnen, es steht sogar in Aussicht, daß das Kapital sich auf 10 Mill. steigern wird. Fortan werden wir also hohen Disconto nicht mehr zu befürchten haben.

Oesterreich.

Wien, 5. Januar. (D. A. Z.) Der Besuch des Kaisers von Rußland hat hier keine besondere Nachwirkung hinterlassen, es sei denn eine gewisse Verstimmung, von welcher er selbst ziemlich befangen war. Es wird mit Bestimmtheit versichert, die Kaiserin von Rußland werde bei ihrer Heimkehr aus Palermo den Rückweg nicht mehr über Wien nehmen. Dem gewesenen Heirathsproject entgegen soll sich der Palatin von Ungarn, des Erzherzogs Stephan Vater, am nachdrucksvollsten ausgesprochen haben. Nicht ohne Neugier mag man jetzt auf die von Rußland in den Donauprovinzen einzuschlagende Politik blicken.

Russisches Reich.

St. Petersburg, 4. Januar. — Aus Tiflis meldet man, daß dort kürzlich ein Transport von 25 aus der Gefangenschaft der Bergvölker zurückkehrenden russ. Kriegern eingetroffen war. Sie erzählen, daß die Tscherkessen von Landsleuten aller Nationen, Moslims, Polen, Italiänern, Engländern, Franzosen, in Herbeischaffung des Kriegsmaterials, im Ingenieurwesen, als Baumeister und Aerzte unterstützt werden, wenn sie auch nicht an dem eigentlichen Kampfe Theil nehmen, den die Nation allein führt. Selbst drei junge Leute, welche dem jungen Italien angehörten, befinden sich dort.

α—ω. Warschau, 5. Januar. — Gestern Nachmittag in der zweiten Stunde ist der Kaiser von seiner italienischen Reise hier wieder angekommen und in dem Palaste Lazienki abgestiegen. In seinem Gefolge befanden sich die General-Adjutanten Graf Orloff, Adlerberg, Fürst Menzikoff, Liewen und sein Leibarzt Dr. Enochin. Der Fürst-Statthalter und die höchsten Beamten des Königreiches bewillkommneten den Czar. Des Abends wurde die Stadt auf polizeilichen Befehl erleuchtet und Warschau war wieder fröhlich. Man spricht hier von einer Unterredung, die der Czar mit seinem Statthalter gehabt haben soll, und in welcher ersterer seine Unzufriedenheit über die kürzlich stattgehabten Verhaftungen geäußert hätte. Leicht möglich, zumal da der Kaiser sich bei seiner vorletzten Anwesenheit hierselbst jede Entdeckung einer Verschwörung fürs künftige verbeten haben soll, einestheils weil durch solches Verfahren die Gemüther der Unterthanen immer mehr erbittert werden, anderentheils weil dadurch dem Staatsschatze unnöthiger Weise bedeutende Kosten verursacht werden. Welche Ausrede der Statthalter vorgebracht hat, weiß man noch nicht; so viel ist aber gewiß, daß der Kaiser gegen ihn sehr ungnädig gestimmt ist. Wir hoffen, er wird längere Zeit in unseren Mauern weilen, und den Uebelständen, die in neuester Zeit im Königreiche sich nur zu sehr bemerklich gemacht haben, nachforschen und sie entfernen.

Ueber die aus Rußland entwichenen poln. Priester schreibt ein Correspondent der Wes.-Ztg. folgendes aus Berlin vom 4. Januar: Viel Aufsehen erregt hier die Ankunft von 14 poln. Priestern, die auf eine in der That wunderbare Weise ihre Flucht aus Sibirien bewerkstelligt, die preuß. Grenze glücklich passirt und sich jetzt hier des Kartells wegen gemeldet haben. Vor 2 Jahren wurden nämlich gegen 200 kathol. Priester in Polen, die sich geweigert hatten, zur griechischen Kirche überzutreten, festgenommen, nach Sibirien geschafft, daselbst zu schwerer Zwangsarbeit verurtheilt, und mit Knutenhieben und andern rohen Mitteln in einem fortdauernden Märtyrerthum gehalten. Vor etwa einem halben Jahre, bei Gelegenheit eines hohen Kirchenfestes, gelang es den armen Duldern, der Wachsamkeit ihrer geistlichen Gefängnißwärter, die sich betrunken hatten, zu entgehen, sich gegenseitig ihrer Fesseln zu entledigen, und in die Wälder zu fliehen, von wo 73 von ihnen unter unendlichen Drangsalen mit sichtbarer Leitung Gottes den Weg bis nach Polen zurückfanden und glücklich die Grenze überschritten. Vierzehn haben sich hierher gewendet, die übrigen sind direkt nach Rom gewandert. Es läßt sich denken, daß die allgemeinste Theilnahme für ihr trauriges Schicksal sich kund giebt. Wir hatten Gelegenheit, einen von ihnen, der bei dem Kapitular Herren Brinckmann wohnt, zu sehen und zu sprechen und können die Narben bezeugen, die seinen Körper bedecken. Es ist wohl kaum zu erwarten, daß sie nach Rußland ausgeliefert werden sollten.

Frankreich.

Paris, 4. Januar. — Ein Blatt sagt: die Königin ist kränker als Manche glauben und das Journal des Débats meldet: Ihre Brustfluxion ist sehr bedenklich; doch will man bei Hofe nicht, daß Bülletins ausgegeben werden. Alle Empfangsfeierlichkeiten des 3ten sind auf morgen und den 7ten verlegt worden. Auch der König ist nicht so wohl, als alle Welt meint. ... Lesen Sie doch die Stelle seiner Antwort an den Kammerpräsidenten, wo er sagt: „Welchen Werth man auch immer meinem Leben beilege, ... meine Kinder werden das theure Unterpfand, Institutionen und Freiheit Frankreichs, treu bewahren." — In der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer legte der Finanzminister Lacave-Laplagne die Gesetzentwürfe für die Credite von 1845 und 1846 und sodann das Budget von 1847 vor. Nach einigen allgemeinen Betrachtungen über die Lage des Landes, die er als befriedigend darstellt, und über den Credit, dessen letzthinnige Krisis zum Theil dem nationalen Charakter zugeschrieben werden müsse, erklärte der Finanzminister, daß er für dieses Jahr eine Convertirung der 5pCt. Rente für unzeitgemäß halte. Der Marineminister legte hierauf einen Gesetzentwurf für Bewilligung eines Credits von 93 Millionen für Schiffsbauten und für Verproviantirung der Häfen vor. Die Vorlage dieses Gesetzentwurfs brachte einige Sensation in der Kammer hervor. — Hr. Lherbette (ein Mitglied der Opposition) beschwert sich, daß der Präsident Sauzet in der Neujahrsgratulation an den König sich eines unconstitutionellen Ausdrucks bedient habe, indem er die Kammer (figürlich) einen Hof genannt habe, den der Monarch um sich her versammle. Sauzet explicirte, was er gemeint habe, und die Kammer ging darauf über den constitionellen Scrupel zur Tagesordnung. Auf Bericht des Deputirten Lasteyrie wurde die Wahl des Deputirten Delzon wegen eines Formfehlers annullirt. — Die Hoffnung auf eine lebhafte, wenn auch nicht gerade stürmische, Adressedebatte tritt sehr in den Hintergrund. Das Cabinet Guizot scheint auf eine starke und compacte Majorität, auf eine ministerielle Phalanx, rechnen zu dürfen. Die Aeußerungen in den Büreaus bei der Wahl der Adressecommission lassen vermuthen, daß die Regierung keine scharfe Angriffe zu besorgen hat oder doch sicher ist, sie mit Erfolg abwehren zu können. Die Débats schmeicheln sich, es werde dieses Jahr aus Mangel an entzündbaren Stoffen gar nicht zu parlamentarischen Schlachten kommen. — Unter den Deputirten, welche bei der Adressedebatte das Wort nehmen werden, nennt man die Herren Thiers, Berryer, Odilon Barrot und Billault.

In der Deputirtenkammer hat sich eine Partei gebildet, welche von einer Expedition gegen die Insel Madagaskar nichts wissen will. An ihrer Spitze steht Hr. de Las Cases.

Es haben sich, wie man vernimmt, abermals zwei angesehene Legitimisten, der Herzog von Guiche, ehemaliger Großstallmeister Carls des X., und der Graf von Bethisy, mit der Julire gierung ausgesöhnt.

Der Journalisten-Congreß nimmt allmälig eine ernstere Stellung an, als die Regierungsblätter gern sehen mögen. Neun neue Journale haben sich dem Congreß abermals angeschlossen. Darunter drei communistische: le Populaire, l'Union und la Fraternité.

General Bourjolly, einer der thätigsten Führer im algierischen Heer, ist seit einigen Tagen auf Urlaub in Paris.

Unter dem Justizpalaste und dem Gefängnisse der Conciergerie finden jetzt eifrige unterirdische Nachsuchungen statt. Die Schildwachen hatten nämlich gemeldet, daß sie von 6 Uhr Abends an und einen Theil der Nacht hindurch unter ihren Füßen in der Erde ein Geräusch hörten, als ob gearbeitet würde. Man stellte sogleich Beobachtungen an und vernahm wirklich ein ziemlich regelmäßiges unterirdisches Geräusch, als ob Minengräber einen Gang unter der Erde höhlten. Man glaubte, Gefangene wollten auf diese Art bis zum Flusse durchbrechen, allein die genauesten Untersuchungen haben diesen Verdacht nicht bestätigt, so daß das alle Abende wiederkehrende Geräusch noch immer ohne Erklärung ist.

In den aristokratischen Salons herrscht große Bewegung in Folge des plötzlichen Verschwindens einer großen Dame des Faubourg St. Honoré mit dem Sohne eines Huissiers der Hauptstadt.

Ueber Havre sind Briefe und Journale aus New-York vom 17. December eingetroffen. Der New-York-Herald will wissen, es bestehe das Project und sei bereits in Anregung gebracht worden, die mexikanische Republik in den Bund der vereinigten Staaten von Amerika aufzunehmen. Der New-York-Herald entwirft ein glänzendes Bild von der gewalti-

gen Republik, welche Mexiko und die vereinigten Staaten umfassen würden, schildert den Mexikanern alle Vortheile, die ihnen eine solche Vereinigung biete, und schließt mit der Aeußerung zuversichtlicher Hoffnung, daß der mexikanische Congreß sich bereit finden werde, dieses Project gut aufzunehmen.

Paris, 5. Jan. — Alle gestrigen Blätter besprechen das der Kammer vorgelegte Budget. Die **Débats** finden es natürlich sehr befriedigend und heben hervor, daß dieses günstige Resultat nur ein Erzeugniß der Ordnungs- und Friedenspolitik sei, deren sich Frankreich seit 7 Jahren erfreut. **Constitutionel** dagegen behauptet, das außerordentliche Budget werde das ordentliche bald zerstören. Das Budget von 1846 habe auch einen Ueberschuß von drei **Millionen auf dem Papiere** nachgewiesen, der sich jetzt schon in einen Ausfall von 10 Mill. verwandelt. **National** nennt das Dokument des Finanzministers eines der „impertinentesten“, daß die parlamentarischen Annalen je aufgewiesen, da es schwarz und weiß zugleich sei. Einerseits prahle es mit Reichthum, andererseits erkläre es den Staat zu arm, um die vom Volke verlangten Steuerherabsetzungen zu bewilligen. **Commerce** findet es ebenfalls voll Widersprüche. In alltäglichem Optimismus befangen, erhebe es sich nirgends über die Mittelmäßigkeit.

Ueber die Krankheit der Königin schweigen die **Débats**. Hr. Vitte wird wahrscheinlich Berichterstatter der Adreßkommission, die Ende dieser Woche ihre Arbeit vollendet haben dürfte.

Spanien.

Madrid, 29. Decbr. (A. Pr. Z.) Ein neues, die dermalige politische Lage des Landes bedrohendes Ungewitter hat sich zusammengezogen. Die beiden Männer, welche das Ende der Herrschaft Espartero's und das Unterliegen der demokratischen Partei zur Thatsache erhoben, der eine durch kühnes Ergreifen der Umstände und Waffenglück, der andere durch Herbeischaffung der zur Ausführung des Unternehmens erforderlichen klingenden Mittel, mit einem Worte, der General Narvaez und der Banquier Salamanca haben sich, wie ich Ihnen bereits meldete, mit einander überworfen. Letzterer hat den ihm hingeschleuderten Handschuh aufgenommen, den Rubicon überschritten und so gewaltige Angriffsmittel entwickelt, daß ein Kampf auf Tod und Leben bevorzustehen scheint. Die Waffe, deren er vor den Augen der Nation sich bedient, ist die periodische Presse. Das Blatt der **Universal**, das er in Verbindung mit der moderirten Oppositions-Partei und ausgerüstet mit den gewandtesten und spitzesten Federn des Landes seit acht Tagen erscheinen läßt, bildet eine Epoche in der Geschichte Spaniens seit der Volljährigkeit der Königin. Es enthüllt die eigentliche Lage des Landes, die Stärke oder Schwäche der Regierung mit derjenigen Rücksichtslosigkeit, deren nur ein in alle Geheimnisse des Kabinets und des Hofes so tief eingeweihter Mann, wie Herr Salamanca, ohne Furcht, als Lügner dargestellt zu werden, sich bedienen darf. Dieses Blatt, das an innerem und äußerem Gehalt alle anderen hier erscheinenden weit überflügelt — der Eigenthümer hat eine Summe von 100,000 Piastern daran gesetzt — wird bis Ende dieses Jahres in 40,000 Exemplaren umsonst vertheilt und dann zu einem Spottpreis ausgegeben. Nachdem der **Universal** den Herzog von Valencia von der schimmernden Hülle, mit der er selbst vorzüglich in der letzteren Zeit sich umgab, entkleidet und die Ansicht aussprach, daß er keineswegs der einzige, der unersetzliche Mann wäre, für den er gelten möchte, fragt er: „Könnte, falls wir unseren Zweck erreichten, die Ruhe des Landes im geringsten erschüttert werden? Durchaus nicht! Die Furchtsamen, welche von der Revolution träumen und in jedem Ausrufe der Opposition einen Aufstand erblicken, mögen sich enttäuschen. Die Revolution siegt dann, wenn die Regierung sich auf nichts als die Bayonette stützt, wenn sie selbst den letzten ihrer Beamten als Diktator handeln läßt u. s. w.“ Der Minister-Präsident übertrug seine Vertheidigung dem so eben von ihm angekauften **Heraldo**. Anstatt aber die Behauptungen Salamanca's, die einen großen Eindruck hervorgebracht haben, durch Gründe zu widerlegen, stieg dieses Blatt zu Persönlichkeiten hinab, indem es vorgab, der Opposition jenes Banquiers läge nichts weiter als eine Börsenspeculation und der Verdruß, die Minister der Königin seiner Vormundschaft entzogen zu sehen, zum Grunde. Ungeschickter hätte die Vertheidigung des Minister-Präsidenten nicht geführt werden können. Seine Hauptstütze findet General Narvaez für jetzt in dem neapolitanischen Heiraths-Projekte. Denn da ohne ihn diese Angelegenheit schwerlich zur Ausführung gebracht werden kann, so werden sowohl die Königin Christine, als auch das französische Kabinet Alles aufbieten, um den General an der Spitze der Regierung zu erhalten. Auf der anderen Seite weiß aber auch Salamanca sich desselben von der Nation so übel aufgenommenen Vermählungs-Projekts als der schärfsten Waffe gegen seinen Feind zu bedienen.

Großbritannien.

London, 3. Januar. Heut Nachmittag empfing J. Maj. die Abgeordneten der Londoner und Dubliner Stadtbehörden, welche die zollfreie Einfuhr des Getreides erbitten. Die Abgeordneten, etwa 150 an der Zahl, begaben sich mit einem Extrazuge nach Slough, wo, vor der Audienz, ein großes Frühstück eingenommen wurde. Mehrere Minister waren bei der Audienz gegenwärtig.

Der **Standard** giebt folgenden Plan als das wahrscheinlichste unter den vielen in Umlauf seienden Gerüchten, nicht als einer, der vorgeschlagen werden wird, sondern als einen, der vorgeschlagen werden kann, ausdrücklich noch dazu erklärend, „derselbe beruhe nur auf Schlüssen, wie die äußern Anzeichen sie erlaubten, aber keineswegs auf irgend einer, direkt oder indirekt aus dem Cabinet herstammenden Nachricht.“ Der so in Bezug auf seine Glaubwürdigkeit verklausulirte Plan lautet wie folgt: „Die Minister, sagt man, werden eine **Reduktion der Einfuhrzölle auf Korn** auf einen rein nominellen oder doch nur wenig mehr als nominellen Fuß nach Ablauf einer gewissen Periode, sage 5 oder 7 Jahre, vorschlagen. Zu dieser Reduktion soll durch eine jährliche Verminderung während der erwähnten Periode gelangt werden, indem man mit einem festen Zoll, zwischen 15 und 20 Schilling, beginnt und denselben jedes Jahr um zwei Schillinge abnehmen läßt. Es sei z. B. das Maximum für 1846/47 18 Schilling so wäre es 1847/48 nur 16 und so ginge es jedes Jahr fort, bis es am Ende der angenommenen Periode auf 4 Sch. herabgekommen wäre. Andererseits wird vermuthet, daß als Entschädigungsmaßregel für die Agrikulturisten die Last der Armen- und Grafschaftssteuern den konsolidirten Fonds zugewiesen, die größere Belastung dieser Fonds aber durch eine beträchtliche Erhöhung der Eigenthumssteuer gedeckt werden wird. Zugleich mit diesem Plane trägt man sich aber auch unablässig mit der Erwartung, daß sehr bald nach Eröffnung des Parlaments die Häfen für völlig freie Einfuhr fremden Getreides bis zum 1. September geöffnet werden sollen, zu welcher letzteren Epoche erst die Wirksamkeit des neuen Gesetzes beginnen würde.“ Interessant ist nun noch, daß der **Standard**, der eben so sehr und vielleicht noch mehr Organ der Agrikulturisten-Partei, als des Peelschen Kabinets ist, und letzteres keineswegs quand même vertheidigt, sich mit diesem Plane ziemlich zufrieden erklärt und ihn „das beste Aequivalent, das für das gegenwärtige Gesetz erwartet werden könnte,“ nennt. Es entschlüpft ihm zugleich das wichtige Geständniß, daß er an der Möglichkeit eines für Kornschutzzölle günstigeren Ministeriums zweifelt.

In der verwichenen Woche wurdem 5000 Unzen Silberbarren nach Hamburg, und eben so viel nach Rotterdam; nach letzterem Orte auch 58,000 Unzen Silbermünzen verschifft.

Die ältesten Seeleute erinnern sich nicht eines so andauernden Sturmwetters, als in dem letzten Monate geherrscht. Die Berichte von allen dadurch verursachten Unfällen sind herzzerreißend. Gegen 90 Schiffe sind mindestens an unseren Küsten untergegangen. Sehr bedauert wird das Schicksal zweier Dampfschiffe, des Dämpfers St. David, der zwischen Havre, Plymouth und Liverpool fuhr und des Tom Bowlim. Letzteres ging unter mit 40 Menschen, ersteres ging wahrscheinlich in dem Sturm unter und Alles an Bord fand seinen Tod dabei, an die Küste von Fécamp wurden Reste ihrer Ladung hingeschwemmt; auch die Leiche des Ingenieurs ward an der Küste aufgefunden.

Dänemark.

Kopenhagen, 3. Januar. — Am 27ten v. M. waren Bauern in ihrer Eigenschaft als Kirchspiels-Commissarien bei dem Erbfester Christensen in Sindinge versammelt, um von Amts wegen einen Verwalter des Brandversicherungsvereins der beweglichen Güter für die kleineren Landbesitzer zu wählen. Allein in der Mitte der Versammlungszeit trat der Hardesvogt, Justizrath Lynge, aus Holbek ein, und legte ein Verbot wider die Fortsetzung der Versammlung ein, sich auf ein Schreiben vom Amte berufend, das er verlas, und nach welchem sie sich sofort zu trennen hätten und sich Jeder nach Hause begeben solle. Sie leisteten Folge. Ein Mann in Wemmetofte hat für diesen Winter durch Einladung an Bewohner des Ortes und der Umgegend (worunter keine Bauern) gesellschaftliche Zusammenkünfte zum Kartenspiel und Abendessen in seinem Hause für einmal die Woche zu Stande gebracht. Der Polizeimeister in Storehedinge, Kammerjunker Bülow, machte den Versuch, solche durch Anwendung des bekannten Kanzlei-Circulars wider Bauernversammlungen zu verhindern, was jedoch vom dortigen Amte nicht ratihabirt worden.

Italien.

Rom, 28. Decbr. (D. A. Z.) Die Rückkehr des russischen Gesandten Butenieff von Florenz am 25. D. c., bis wohin er den Kaiser Nicolaus geleitet, ward wohl nie von so vielen Landsleuten mit so banger Sehnsucht erwartet als diesmal; denn der Minister sollte von dort her den kaiserlichen Bescheid auf die von zahlreichen hier wegen Glaubenswechsels in freiwilligem oder aufgenöthigtem Exil lebenden russischen Familien an den Kaiser gerichtete Bittgesuche um Zurückgabe ihres confiscirten Eigenthums mitbringen. Auch Polen waren unter den Supplicanten; der Papst selbst hat, wie ich versichern darf, ihre Sache beim Abschiede des Kaisers zu gutem Ende zu fördern gesucht. Seit gestern ist Einiges von des Kaisers Antwort bekannt geworden; sie willfahrt im Einzelnen den Vorstellungen des Papstes und mehrerer Cardinäle zum Besten dieses und jenes Russen und Polen, die ihr Vaterland verloren, weist jedoch die Rehabilitation der Campagnapfründen der frühern poln. Nationalkirche und ihres Hospizes, jetzt russ. Eigenthum, zum Besten und zum Unterhalt einer geringen hier sich ausbildenden Zahl polnischer katholischer Priester, wie sie gewünscht worden, als nicht zeitgemäß zurück. — Lebendiger Mittelpunkt aller in Sachen der Partei nach Rom kommenden deutschen Katholiken ist jetzt der als Schriftsteller in den historischen Fächern der Theologie und Canonistik bekannte Dr. **Augustin Theiner** aus Breslau. Und man muß bekennen, daß, wer sich an ihn behufs der Erlangung von Diesem und Jenem wendet, aufs berathen ist, denn Theiner hat zum Papste Zutritt nach Belieben und derselbe bedient sich in wichtigen, nicht Deutschland allein betreffenden Fragen des guten Raths von Pater Theiner. Wie fast beispiellos das Wohlwollen des Papstes gegen ihn, einen Fremden, ist, mag unter Anderm beweisen, daß man ihm die ungehinderte Benutzung sämmtlicher im geheimen Archive deponirten diplomatischen Correspondenzen mit der Curie gestattet. Zu welchem Zwecke, davon zeugen seine zahlreichen jüngsten Publikationen. Es ist ein eben so verbreitetes, als auch von Wohlunterrichteten geglaubtes Gerücht, daß Theiner in Kurzem mit der Kardinalswürde bekleidet werden soll. (?)

Von der italienischen Grenze, 30. December. (M. J.) Die neuesten Briefe aus **Rom** sprechen sich ziemlich nüchtern über den Besuch des russischen Kaisers und dessen muthmaßliche Ergebnisse aus. So das Schreiben eines hohen kirchlichen Würdenträgers, welches hier in Abschrift circulirt, und worin mit dürren Worten ausgesprochen ist, daß man keine großen Hoffnungen auf eine **nachhaltige** Veränderung des seit länger als 15 Jahren durch politischen und religiösen Fanatismus in Rußland und Polen verkörperten Verfolgungssystemes hegen dürfte. Auch sei gar nicht die Rede davon gewesen, das Unrecht, was bis jetzt schon geschehen, wieder gut zu machen, und nur für die Zukunft seien einige Zusicherungen gemacht worden. Man hätte den Kaiser in Rom nicht wie anderwärts mit den ausgesuchtesten Schmeicheleien, sondern mit einer gewissen gemessenen Würde, ja mit kalter Höflichkeit empfangen, was auf ihn einen eigenthümlichen Eindruck hervorgebracht haben soll. In dem persönlichen Verkehr mit dem Papste war er voller Freundlichkeit und Ehrfurcht, obwohl er auch hier in seinen Versprechungen und Zusicherungen eine große Zurückhaltung und Vorsicht an den Tag legte. Ganz anders aber war seine Sprache in den Verhandlungen mit den Cardinälen; hier verhehlte er nicht, daß er den Katholizismus in Polen für ein revolutionaires Element halte, das sich namentlich in der neuesten Zeit an allen staatsgefährlichen Unternehmungen betheiligt habe. Namentlich sprach er seinen Unmuth gegen den Klerus aus, welcher bei verschiedenen Gelegenheiten das Volk zum Ungehorsam und zur Widersetzlichkeit verleitet habe, und fügte bei, daß er dergleichen nimmer dulden werde, daß es in seinem Reiche keine andere Autorität gebe, als seine eigene. Gleichwohl werde er sein Möglichstes thun, um die römische Kirche und seine katholischen Unterthanen zu schützen. Auch hoffe er die bisher über einzelne Punkte, zwischen dem heiligen Stuhle und seiner Regierung bestehenden Differenzen zur Zufriedenheit Se. Heiligkeit erledigen zu können. Nach diesen Aeußerungen dürfte wohl demnächst ein Vortrag zwischen Rußland und der Curie zu Stande kommen, welcher hauptsächlich die Besetzung der Bischofsstühle, die theilweise Aufhebung des Verbotes, welches allen und jeden Verkehr mit Rom untersagt u. s. w., zum Gegenstande haben soll. Ob und wie weit aber eine solche Uebereinkunft russischerseits zur Ausführung gelangen wird, muß die Zukunft lehren. — In den römischen Legationen ist eine zeitweilige Ruhe eingetreten; doch kommen noch immer vereinzelte Verhaftungen vor, welche auf Befehl der außerordentlichen Untersuchungs-Commission vorgenommen werden. Die Gefängnisse und Festungen sind so überfüllt, daß man an vielen Orten neue Localitäten zur Unterbringung der politischen Gefangenen einrichten mußte. Es heißt nur, daß die im Auslande weilenden italienischen Flüchtlinge die **Ausführung ihrer Plane bis zum Frühjahre verschoben** haben, bis dahin sollen alle Vorbereitungen zu einer Schilderhebung im Großen getroffen werden, von vielen Seiten wird aber die Befürchtung ausgesprochen, daß bereits der Carneval wieder Anlaß zu neuen Unruhen geben möchte. Jedenfalls ist es eine eitle Hoffnung, wenn man glaubt, daß durch die bisher getroffenen, oder in ähnlicher Weise noch zu treffenden Maßregeln die Ruhe dauernd hergestellt werden könne.

Griechenland.

Athen, 21. December. (A. Z.) Die **Diebstahlsangelegenheit** hat folgenden Verlauf genommen. Noch Sonntag Abend befahl Se. Majestät selbst die Dienstentsetzung des Polizei-Kommissairs Janakos Kyriakos. Bei angestellter Haussuchung fand man bei ihm 16,000 Drachmen baares Geld, 99 Dietriche, 15 Schinken u. dgl. — Der Volksfreund theilt mit, daß Herr E. Lyons von seinem Kabinette den Befehl erhalten, alle Kommunikationen mit dem gegenwärtigen Mi-

nisterium abzubrechen. Man will wissen, Herrn Kolettis lasse dieses drohende Mißgeschick ziemlich gleichgültig. Eine russische Note hat der hiesige Geschäftsträger, Herr Persiani, von Palermo erhalten, die, der Opposition nach, ihm befehlen soll, sich der englischen Politik anzuschließen.

Osmanisches Reich.

Alexandrien, 20. Dec. (D. A. Z.) Die viel besprochene Hochzeit Kiamil-Pascha's mit einer Tochter des Vicekönigs hat gestern in Kahira stattgefunden, trotz dem, daß die ganze Familie gegen diese Heirath sich ausgesprochen hat. Die ungeheure Summe von 2 Mill. Thlr. ist für den Brautschatz ausgegeben und auf die schändlichste Art vom Volk erpreßt worden. Kiamil Pascha wird aber, vielleicht aus Vorsicht, weil der Vicekönig heute oder morgen sterben kann, sogleich nach den acht Tage dauernden Festlichkeiten in Kahira, wozu alle Europäer vom Pascha Einladungen erhalten, sich nach Konstantinopel begeben und daselbst, wie es heißt, wenigstens für einige Jahre verbleiben. — Eine fast unglaubliche Sache für Jeden, der den Fanatismus des Muselmanns kennen gelernt hat, ist, daß Mohammed Ali, seinen Priestern und vielleicht dem Sultan selbst zum Trotz in der Citadelle von Kahira den Saal, wo die Fermane des Sultans vorgelesen wurden, zum Theatersaal umgeschaffen hat.

Miscellen.

Berlin. Am 8. starb hieselbst nach kurzem, aber schmerzvollem Krankenlager, an den Folgen einer Darmverschlingung, der Geh. Ober-Tribunalsrath, ord. Prof. in der juristischen Facultät, Dr. Georg Friedr. Puchta. In dem kräftigsten Mannesalter stehend (der Verstorbene ist 43 Jahre alt geworden), ereilte ihn der Tod. Er hatte seine Wohnung gesund verlassen, und kehrte unter furchtbarem Erbrechen, welches auch sein Leben endete, dorthin zurück. Vor 3 Jahren aus Leipzig auf Savigny's Lehrstuhl hieher berufen, wurde er am 6. April 1844 Mitglied des höchsten Landesgerichtshofes, später auch des Staatsraths, und der unter dem Vorsitze des Justizministers Dr. von Savigny bestehenden Gesetz-Commission. Die Rechtskunde verliert in dem Verstorbenen einen ausgezeichneten Jünger, welcher sich als Romanist große Verdienste erworben.

Berlin, 9. Januar. — Ueber den schon kurz erwähnten Vorfall in der Domkirche berichtet der „Publicist“ Folgendes: Am Sonntag den 4. Januar Mittags gegen zwölf Uhr erschien während des Gottesdienstes in der Domkirche plötzlich ein Mann, bekleidet mit einer weißen Jacke, eine weiße Mütze auf dem Kopfe und eine weiße Schürze vor. Eine Bibel in der Hand und unter lebhaften Gesten, begann er mit heller durchklingender Stimme: „Kommt her, Alle, die ihr mühselig und beladen seid; ich will Euch erquicken mit dem rechten Manna des Herrn!“ Die so jäh in ihrer Andacht gestörten Versammelten mochten in der Bestürzung seine Worte nicht verstanden haben, denn bald verbreitete sich der Ruf „Feuer!“ und Alles eilte den Ausgängen zu, wo bald ein fürchterliches Drängen entstand, so daß Kleider zerrissen wurden und Frauen in Ohnmacht fielen. Der Urheber dieses Tumults war inzwischen von zweien Bürgern festgenommen und der Polizei zugeführt worden. Hier ergab sich bald, daß er wahnsinnig ist. Er hält sich für Christum, der die Welt erlösen und alle Ungläubigen bekehren will. Der Bedauernswerthe ist ein Koch; er war noch bis zum Sonntag Vormittag in der Küche eines gräflichen Hauses beschäftigt. Was die merkwürdige Fiktion so plötzlich in ihm hervorgerufen haben mag, ist bis jetzt nicht aufgeklärt.

(Beitr.) Die Aufhebung unserer Bordelle ist zwar im Allgemeinen, wie voraus zu sehen war, völlig friedlich vorübergegangen, aber sie ist doch noch am 3. d. M. Gegenstand eines kleinen Auflaufs geworden. An diesem Tage hatte sich nämlich eine verhältnißmäßig bedeutende Zahl von den zur Fortweisung bestimmten früheren Bewohnerinnen der Bordelle im Paßbüreau eingefunden, um dort die erforderlichen Reisedokumente in Empfang zu nehmen. In Folge dessen hatte sich eine solche Menge Neugieriger vor dem Paßbüreau versammelt, daß man sich veranlaßt sah, zur Abwehr derselben Militairposten auszustellen und die Dirnen nur einzeln zu entlassen. Die Schaar der Neugierigen harrte mehrere Stunden hindurch unermüdlich aus, indem sie wahrscheinlich glaubte, daß der Abgang der Dirnen in einem förmlichen Aufzuge erfolgen würde; dann zerstreute sie sich allmählig, ohne irgend einen Exceß begangen zu haben. Jeder der betreffenden auswärtigen Dirnen ist vor ihrem Abgange noch zu Protokoll eröffnet worden, daß gegen sie eine dreimonatliche Arbeitshausstrafe verhängt werden würde, wenn sie jemals nach Berlin ohne vorher eingeholte Erlaubniß zurückkehren sollte. Von den Inhabern der Bordelle werden einige als Rentiers noch vorläufig auf ihren Grundstücken verbleiben, einige werden in andern Gegenden der Stadt Schankgeschäfte anlegen, einer derselben begiebt sich auf sein Gut. Ueberhaupt sind fast alle diese Leute mehr oder weniger wohlhabend, da ihr Geschäft stets ein höchst einträgliches gewesen ist. Einer der Wirthe hat seine sämmtlichen Dirnen nach Hamburg gesendet und wird mit einem dortigen Bordellwirth ein Compagniegeschäft betreiben.

Königsberg. Wie aus den von Hrn. Dr. Jakson herausgegebenen Aktenstücken in der Broschüre „Gemischte Ehen“ zu ersehen, sind Ehen zwischen Juden und Christen nicht erlaubt. Wichtig wäre eine nähere Erörterung der Frage, ob bei solchen Ehen, im Auslande eingegangen, die in ihnen erzeugten Kinder als eheliche und erbfähige anerkannt werden. Wir haben den Fall vor Augen, wenn die Erben im Auslande wohnen und ein preuß. Gericht ihre Legitimität anerkennen soll. Diese Angelegenheit ist um so wichtiger, als sogar in Deutschland solche Ehen geduldet werden und im eigenen deutschen Vaterlande ein Konflikt entstehen könnte, da die Rechte eines Mitbürgers unter obwaltenden Verhältnissen in verschiedenen Theilen Deutschlands verschieden, ja entgegengesetzt beurtheilt werden. (Königsb. Z.)

Hamburg, 4. Jan. (Spitzbuben und Justiz.) Der Thätigkeit unserer Polizei ist es gelungen, nach und nach sämmtlicher Gauner, welche während der letzten Monate und auch früher schon Einbrüche und Diebstähle verübten, habhaft zu werden. Von den in jüngster Zeit vorgekommenen erheblichen Verbrechen dieser Art ist nur noch der Urheber eines einzigen mit größerer Bestimmtheit zu ermitteln, als bisher geschehen. Auch die Spuren dieses Uebelthäters sind jedoch unablässig und bereits bis nach Berlin erfolgt. Ein anderer vor einigen Tagen eingefangener, höchst gefährlicher Spitzbube — besonders Comptoirdieb — hat, nachdem ihm das Versprechen gegeben war, keine Prügel zu empfangen, sofort seine sämmtlichen Diebstähle und Einbrüche, ca. zwei Dutzend an der Zahl, nicht nur bereitwillig eingestanden, sondern auch nach Verlangen der Behörde und unter dem Zulauf vieler Neugierigen, an den betreffenden Orten ganz genau dargethan, wie er sich bei seinen Diebesthaten benommen. Dieses Mittel wendet die hiesige Polizei oft an, um allen Schlichen, Kniffen und Manoeuvres der Spitzbuben auf die Spur zu kommen und sich für später eintretende Fälle leichter Aufklärung zu verschaffen. Minder empfehlenswerth scheint uns aber das wahrhaft barbarische Prügeln, welches die Hamburger Polizei bei Eingezogenen aus den untern Volksklassen, besonders zur Entlockung von Geständnissen und auch als Strafmittel anwendet.

Mannheim, 5. Jan. — Folgende schauderhafte Nachricht verbreitet sich hier von Munde zu Munde. Ein wohlhabender Müller, fünf Stunden von Darmstadt, machte eine Geschäftsreise nach letzterer Stadt, um Gelder einzunehmen. Bei seiner Entfernung von Hause sagte er zu seiner Frau: Wenn ich bis Abends neun Uhr nicht da bin, so komme ich erst morgen. Seine Geschäfte verlängerten sich bis zur Nacht und der Müller entschloß sich, unterwegs bei einem Bekannten zu übernachten. Er hatte jedoch hier keine Ruhe und ging trotz alles Zuredens seinem Orte zu, nachdem er zu seiner Sicherheit ein geladenes Pistol zu sich genommen hatte. Im Walde, den er passiren mußte, begegnete er zwei Gensdarmen, die ihm zu halten zuriefen, in der Meinung, es sei ein Gauner. Nachdem sich der Müller zu erkennen gegeben hatte, bat er dieselben, sie möchten ihn begleiten, denn er hätte eine zu große Angst in sich. Die Gensdarmen willfahrten seinem Gesuch. In der Nähe der Mühle angelangt, bemerkt der Müller Licht in einer Stube, wo er sein Geld hatte und seine Angst wird immer ärger. Er bittet die Gensdarmen, am Thore zu warten, bis sein Hund an die Kette befestigt sei. Als er sich jedoch langsam nahet, liegt der Hund erschlagen an seiner Hütte. Jetzt muß ein Unglück schon sich zugetragen haben und sie dringen alle drei in das Haus; aber, o Himmel! die Magd finden sie zuerst erdrosselt, dann die Frau und das Kind noch röchelnd im Blute. Sie nahen sich jetzt leise dem Gemache, wo das Licht brennt, und, acht fluchwürdige Kerle sitzen am Tisch und theilen das Geld, um damit nach Amerika zu entfliehen. Zwei davon werden von den Gensdarmen niedergehauen, vier schwer verwundet, zweien gelang es aber, mit leichten Wunden zu entfliehen. Obige acht Individuen waren Tagelöhner des Müllers.

Paris, 3. Januar. — Unsere Zeitungen enthalten die Nachricht von einem geheimnißvollen Mordanfall, welcher am 24. Decbr. Abends 11 Uhr, als der König und die Königin der Belgier von Brüssel nach Laeken zurückkehrten, versucht wurde. Vier Guiden-Offiziere sprengten dem Wagen JJ. MM. voraus. Auf den, welcher am Weitesten vorausgeeilt war, wurde bei dem Uebergange der Eisenbahn in Zeit einer halben Minute 2 Mal geschossen. Beide Schüsse gingen fehl, doch hörte der Offizier die Kugeln pfeifen. Man durchsuchte sogleich die Gegend, konnte aber nichts entdecken. Zwei Gendarmen, welche an die Brücke postirt waren, hatten ebenfalls vergebens Nachsuchung gehalten. Das Einzige, was man ermittelt hat, ist daß man einige Minuten vor diesem Ereigniß einen Mann von zweifelhaftem Aeußeren mit einem Stock oder Gewehr in der Hand, in dieser Gegend gesehen hatte. Eine Viertelstunde nach dem Vorfall erreichte der k. Wagen mit dem gewöhnlichen Geleit, ohne Unfall das Schloß Laeken.

Stockholm. Das Dagblad meldet, daß sich hier kürzlich ein Mann von 91 Jahren verheirathet habe; die Braut um 60 Jahre jünger.

Schlesischer Nouvellen-Courier.

Tagesgeschichte.

Breslau, 11. Januar. — In der beendigten Woche sind (excl. eines todtgebornen Knaben und eines Selbstmörders) von hiesigen Einwohnern gestorben: 31 männliche und 27 weibliche, überhaupt 58 Personen. Unter diesen starben: An Abzehrung 7, Bräune 1, Blutsturz 1, Gehirnentzündung 2, gastrischem Fieber 2, Zehrfieber 2, Keuchhusten 1, Krämpfen 12, Magenkrebs 1, Lebensschwäche 2, Lungenlähmung 1, Schleimsucht 1, Scharlach 1, Schlagfluß 4, Stickfluß 2, Lungenschwindsucht 9, Unterleibsleiden 2, Verblutung 1, Wasserkopf 1, allgemeiner Wassersucht 3, Bauchwassersucht 1.

Den Jahren nach befanden sich unter den Verstorbenen: Unter 1 Jahre 16, von 1—5 J. 10, von 5—10 J. 2, von 10—20 J. 4, von 20—30 J. 5, von 30—40 J. 2, von 40—50 J. 2, von 50 - 60 J. 9, von 60—70 J. 4, von 70—80 J. 3, von 93 J. alt 1.

Stromabwärts sind auf der oberen Oder hier angekommen: 10 Schiffe mit Eisen, 11 mit Steinkohlen, und 9 mit Brennholz.

Im Laufe des vorigen Jahres sind hier 59 Personen theils in der Oder, theils in der Ohlau verunglückt, davon wurden 10 lebend gerettet, 39 aber, worunter 8 Selbstmörder, fanden im Wasser ihren Tod. Außerdem sind noch 11 menschliche Leichname aus der Oder und Ohlau gezogen worden, welche von stromaufwärts liegenden Gegenden angeschwommen waren.

---

* Breslau, 10. Januar. — Der Rhein. Beob., der, nebenbei gesagt, vom Neujahr an in einem kolossalen Format erscheint, ist gegen E. v. Baerst so überaus freundlich gesinnt, daß er ein gut Stück des gegen die Schles. Ztg gerichteten Courier-Artikels in seine Spalten aufnimmt. Ein rührendes Einverständniß! Herr v. Baerst liegt in den Armen des ehrlichen Professor Bercht und beide schwören sich ewige Freundschaft bei den Manen des Herrn v. Haller! Der „Janus“ lächelt, die Allg. Preuß. reibt sich vor Vergnügen die Händchen, und die Zeitung für Preußen nickt beifällig und der Pastor Tippelskirch blickt segnend auf den edlen Bruderbund. *)

---

* Breslau, 10. Januar. — Heute ward Herrn Johannes Ronge die sichere Nachricht überbracht, daß die ganze Gemeinde in Pirschen, Kreis Neumarkt, zur allgemeinen christlichen Kirche übergetreten ist. Dieselbe hat sich zunächst an den Prediger Herrn Rausch in Jerschendorf gewandt, welcher nun fortan auch ihr Prediger sein wird. — β —

---

† Breslau, 10. Jan. — Was in den Jahren 18^30/_38 die Aufmerksamkeit Schlesiens u. die Thätigkeit der Presse sehr in Anspruch nahm, die Begebenheiten des schlesischen Pfandbriefswesens, sieht durch den jetzt bald zusammentretenden General-Landtag seiner definitiven Erledigung entgegen, nachdem die Arbeiten der unter dem Vorsitz des O.-Pr. v. Merckel zusammenberufen gewesenen Reorganisations-Commission der Prüfung des Ministeriums unterworfen gewesen. Nur auswärtige Blätter haben über diese Arbeiten berichtet. Um so schätzenswerther ist eine kürzlich von dem Director von Gaffron herausgegebene Schrift über Taxgrundsätze und Pfandbriefs-Amortisation, die an einem andern Orte weitläuftiger besprochen werden wird, u. auf, die bei dem Interesse, das diese Gegenstände für jeden haben, aufmerksam zu machen eine Pflicht ist.

---

† Breslau, 11. Januar. — Am 6ten d. Mts. fand sich bei einem hiesigen Goldarbeiter ein Mensch ein, welcher eine kleine silberne Platte zum Verkauf ausbot. Da sich derselbe über rechtmäßigen Besitz der Platte nicht ausweisen konnte, ließ der Goldarbeiter einen Polizei-Beamten holen. Da sich der Mensch in Wiedersprüche verwickelte auch dem Beamten eine falsche Wohnung und einen falschen Namen angab, so wurde sofort eine genauere Revision seiner Person vorgenommen, und dabei in einem Handschuh versteckt eine Menge kleiner Gegenstände von Silber vorgefunden, welche offenbar in eine Kirche gehörten. Obschon noch nicht feststand, wo diese Gegenstände gestohlen worden, erfolgte doch die Verhaftung des Menschen. Fast gleichzeitig wurde in dem Bitterbierhause auf der Schweidnitzerstraße No. 53 unter leeren Biertonnen versteckt, eine bedeutende Menge silberner Kirchengeräthe durch einen Haushälter zufällig aufgefunden. Dieser machte seinem Brotherrn und letzterer dem betreffenden Revier-Polizeibeamten Anzeige. Jetzt ermittelte sich, daß am 6. d. M. abermals in der Domkirche hierselbst ein bedeutender Kirchenraub verübt worden war, von dem bisher noch keine amtliche Anzeige gemacht worden,

*) Gelehrter Witz morgen. R. H.

welchen jedoch der Verkäufer der silbernen Platte begangen zu haben eingestand. Derselbe hatte sich in die Domkirche einschließen, in einer Seitenkapelle versteckt verschließen lassen, und den Diebstahl begangen. Nachdem sich der Dieb in der Kirche allein gesehen, hat sich derselbe an den Hochaltar begeben, und folgende Gegenstände gestohlen: 1) eine kleine silberne Kapelle mit zwei Thürmchen. 2) von zwei silbernen Pyramiden die unteren und mittleren Beschläge. 3) vier kleine silberne Engelchen in der Höhe eines Fingers. 4) 10 Steine, welche er von einem auf dem Hochaltar aufgestellten Heiligenbilde abgeschraubt. 5) einige Stücke von zwei silbernen Leuchtern, welche er zerbrochen. 6) von einem Bilde ein silbernes vergoldetes Kettchen mit einer daran befindlichen Kapsel, eine Reliquie enthaltend. 7) von drei silbernen, an einem Buche auf dem Hochaltare befindlichen Bändern die Endperlen, 9 Stück. 8) von einer Verkleidung des Hochaltar drei goldene Quästchen. 9) mehrere silberne Verzierungen in Blätterform, die der Dieb, wie alle andern Gegenstände, vom Hochaltar heruntergerissen. — Mit diesen ist er ohne bemerkt zu werden, entkommen. Fast sämmtliche Gegenstände sind bei dem Diebe selbst, und in dem oben erwähnten Hause vorgefunden und somit wiederbeschafft worden. Außerdem ist später noch festgestellt worden, daß derselbe Mensch ganz in dieser Art vier andere Diebstähle in Kirchen begangen hat, nämlich am 5ten v. M. in der Vincens-Kirche, am 15ten v. M. in der Domkirche, am Anfang des Monats December in der Sandkirche und in der Nacht vom 31. December zum 1sten Januar in der katholischen Kirche in Kanth.

Dem Rhein. Beob. wird aus Breslau geschrieben: Den Kommunalständen der Oberlausitz ist in jüngster Zeit ein Bescheid zugegangen, dessen Inhalt, so weit er mir bekannt geworden, wohl einer öffentlichen Mittheilung werth ist. Die kirchlichen Angelegenheiten der Oberlausitz sind bei deren damaliger Abtretung durch einen Rezeß zwischen Böhmen und Sachsen vom Jahre 1635 geordnet und garantirt worden. Bis zum Jahre 1825 bestand dort persönlicher Pfarrzwang, so daß Jeder verpflichtet war, alle geistlichen Amtshandlungen bei dem Pfarrer seines Ortes, auch wenn derselbe anderer Konfession als er selbst war, verrichten zu lassen und ihm die Stolgebühren zu bezahlen. Dieser persönliche Pfarrzwang wurde 1825 aufgehoben, der vorjährige Kommunal-Landtag aber gründete hierauf eine Beschwerde gegen Verletzung des Rezesses von 1635. Darauf ist er nunmehr beschieden worden, daß einmal das Bestehen dieses Pfarrzwangs zur Zeit des Rezesses historisch nicht gewiß sei, daß aber auch in diesem Falle derselbe kein zu garantirendes „Recht", sondern eine einzelne Einrichtung der äußeren Kirchenverfassung sei, aus der nur dem zeitigen Stelleninhaber Rechte erwachsen, und die jederzeit bei verändertem Bedürfnisse aufgehoben werden könne. Durch die Aufhebung seien aber die zeitigen Stelleninhaber in ihren Rechten nicht verkürzt, noch sei einer der bestehenden Konfessionen ein Nachtheil zugefügt worden, da die unter konfessionell verschiedenem Pfarrzwange stehenden an Zahl beiderseitig fast gleich waren (1142 Katholiken, 1156 Protestanten.) — Offenbar hätte der Kommunal-Landtag Reallasten, die an Grundstücken haften, mit Personallasten, wozu Stolgebühren gehören, verwechselt. Jene aber bleiben fortwährend nicht an den konfessionellen Unterschied des Gebers und Empfängers gebunden.

Der D. A. Z. wird aus Breslau gemeldet: Während die Landtags-Abschiede den Juden alle Aussicht auf völlige Gleichstellung mit den christlichen Mitbürgern abschneiden, häufen sich die Beispiele immer mehr, wo das christliche Volk Juden zu den Aemtern beruft, welche ihnen der Staat noch offen gelassen. Außer den vielen jüdischen Stadtverordneten sind hier noch die jüngst erwählten jüdischen Stadträthe zu Pleß und Kosel zu nennen.

Entgegnung auf die „Aufforderung" an mich in No. 7 der Schles. Ztg. vom heutigen Tage. (Vgl. Bresl. Ztg. vom nämlichen Datum.):

Ich beklage, daß der mir stets achtungswerth erschienene Herr Pastor Friedr. Göbel und, wie ich eben gewahre, auch Herr Pred. Berger, durch meine Abwehr eines schmählichen Angriffs auf mich und das königl. Consistorium in No. 304 der hiesigen Zeitungen v. J. sich verletzt gefunden haben. Daß Examinanden nicht immer in allen Stücken Genüge leisten, kommt alle Tage vor, und liegt darin an sich nichts Ehrverletzendes. Der Anonymus im Rhein. Beobachter No. 349 v. J. beschuldigt das Consistorium, „daß es" (vor etlichen 20 Jahren) „Candidaten nur darum nicht für wahlfähig erklärt habe, weil sie sich nicht zur Annahme der Union bereit erklärt hätten", und führt die Namen Berger, Göbel und Haupt, zum Beweise an. Ich erkläre dagegen dies für unwahr, und behaupte, diese Candidaten seien aus anderen Gründen zurückgewiesen worden. Was liegt hierin Verletzendes? Offenbar aber ist Niemand leichter im Stande, hier die Wahrheit darzuthun, als die genannten Herren selbst. Sie dürfen ja nur den Inhalt der an sie erlassenen Verfügungen des Consistoriums bekannt machen, worin die Gründe ihrer Zurückweisung ohnfehlbar angegeben sein müssen. Findet sich da die Nichtannahme der „Union", und zwar „nur" diese, angegeben, so hat der Anonymus recht: sind dagegen andere und vermuthlich lauter andere Gründe angeführt, so ist Recht und Wahrheit auf meiner Seite. Begehren jedoch die Obgenannten jetzt nach fast ¼ Jahrhundert noch nähere Aufschlüsse über ihr einst verunglücktes Examen, so mögen sie solche bei der competenten Behörde nachsuchen. Ich bin weder befugt, noch ohne Einsicht der Acten im Stande, geschweige verpflichtet, dergleichen weitere Aufschlüsse zu gewähren. Mit einseitigem Gerede über Das, was weiland der Minister von Altenstein und einzelne Examinatoren sollen geäußert haben, ist heutiges Tags nichts mehr anzufangen. Auf die durch Gesammtbeschluß des Consistoriums bedingte amtliche Vorbescheidung, welche den Abgewiesenen ist zugefertigt worden, kommt es an. Mache man deren Inhalt vollständig bekannt, und alle Welt erkennt die kaum der Rede werthe Sache, wie sie ist. Breslau 9. Januar 1846.

Dr. David Schulz.

Erklärung.

Zur Steuer der Wahrheit finde ich mich bewogen zu erklären, daß in dem in der Schlesischen Zeitung vom 5. Januar enthaltenen Aufsatze „der offizielle Vertheidiger der oberschlesischen Eisenbahn" nachfolgende Stelle:

Schon gleich von vornherein mußte daß Blatt seinen Produkten ein sehr aufmerksames Auge schenken, mußte jedes Sätzchen durchsuchen, ob es in seinen Falten, in den Taschen oder im Rockkragen unter der Firma der Schles. Zeitung nicht persönliche Beziehungen in die Oeffentlichkeit schleppe, die dem Institute eben so nachtheilig als ihm vortheilhaft werden konnten,

gegen meine und des Verfassers Anordnung abgedruckt worden ist. Ich hatte auf dem Correcturabzuge am Rande bemerkt, daß ich dieselbe nicht durchlassen könne, da es mir an Beweisen für deren Inhalt mangele, und der Hr. Verfasser strich sie in Folge deß weg. Daß sie dennoch stehen geblieben, ist die Schuld eines Mitgliedes der Druckerei.

R. H.

Auflösung der Charade in der vorgestr. Ztg.:
Pandecten.

Handelsbericht.

Breslau, 10. Januar. — Wir können leider auch heute keine wesentlichen Veränderungen von unserem Getreidemarkte melden, da das Geschäft wie zeither in seinem schleppenden Gange verblieben ist. Die Zufuhren zeigten sich etwas reichlicher, namentlich von **Roggen** in den letzten Tagen, in deren Folge auch die Preise dieser Kornart etwas zurückgegangen sind. Bezahlt wurde alter **gelber Weizen** nach Qualität mit 80 à 93 Sgr., dergleichen neuer mit 60 à 82 Sgr., weißer mit 78 à 98 Sgr., Roggen in gewöhnlicher Waare mit 64 à 67 Sgr., schwerere Qualitäten mit 68 à 69½ Sgr., **Gerste** mit 48 à 54 Sgr., **Hafer** mit 34 à 37½ Sgr., **Erbsen** mit 62 à 66 Sgr. pr. Schfl.

Von **Oelsaaten** kam nichts vor.

Rother Kleesamen fand mehr Aufmerksamkeit und ist zu Preisen von 10½ à 12½ Rtlr. Mehreres umgesetzt worden. Feine Sorten bleiben selten und wurden einige kleine Pöstchen bis 13 Rtl. bezahlt. Mit weißem **Klee** bleibt es stille, doch wird davon auch sehr wenig angetragen.

Rohes Rüböl wird nur für den nöthigsten Bedarf gekauft und ist auf Zeit mit 12¾ Rtl., pr. Cassa mit 12½ Rtl. erlassen, doch will man diese Preise nicht bewilligen.

Spiritus, Loco-Waare, nicht unter 8 Rtl. zu haben, Frühjahrs-Lieferung nicht angetragen, doch zeigt sich dafür einige Kauflust.

Rappskuchen mit 37 à 38 Sgr. offerirt ohne Nehmer zu finden.

Aufklärung ist schön; darum hat sich auch der Pfarrer Giersdorff zu Reinschdorf Mühe gegeben, es zu thun und zwar in der Beilage Nr. 300 der Breslauer Zeitung, und das Zeitung lesende Publikum zu belehren, welchen Werth dasselbe auf die anonymen Korrespondenz-Artikel aus Neisse über die Rongeangelegenheiten zu legen habe. Nun, auf die Mittel kommt es ihm nicht an, — wird nur der Zweck erreicht und so ist es auch natürlich, wenn er eine Zeitung zu seinem Organ wählt. Damit aber die Welt sieht, wie er falsch berichten mußte, führe ich nur an, daß er und noch ein Anderer meine Leute aus dem Dorfe in der Sakristei zu Reinschdorf über den Gottesdienst in Eckwertsheide am 20. Decbr. 1845 befrugen und von ihnen falsche Nachrichten erhielten, weil es diesen Leuten der größte Spaß war, auch einmal einen andern zu verleiten, was hier auch richtig geglückt ist. Nun muß ich seinen Artikel wie folgt berichtigen. Dem christkath. Gottesdienst zu Eckwertsheide wohnten nicht nur Mitglieder dieser, sondern auch der Reinschdorfer Gemeinde bei u. ist die in dem Neisser Artikel in Nr. 291 der Breslauer Zeitung angegebene Zahl der Wahrheit gemäß. — Die Wallfahrtskapelle ist Schloßkapelle und mein alleiniges Eigenthum, wie dies die Akten und das Urbarium hinlänglich darthun, da das ganze Dorf dem Dominium gehört, mithin meine Kapelle keine Ausnahme machen wird, da sie auf meinem Grund und Boden steht. — Ich beziehe, wie meine Vorgänger, die Revenüen und sorge aus diesen für das Nöthige der Kapelle. Im Jahre 1841 versicherte ich dieselbe mit 720 Rthlr. in Elberfeld, und überlasse dem obengenannten geistlichen Herrn, sich bei der dortigen Feuerversicherungs-Gesellschaft Auskunft zu erbitten. Die von dem Pfarrer G. angeführten Fundationskapitalien sind Meßstipendien, welche ein früherer Besitzer, v. Luzenkirch, gestiftet, die nur des ersteren Säckel füllen; und sollte noch ein anderer Wille des Erblassers in der Schenkung stehen, so ist diesem bis jetzt nicht genügt worden. — Aus dem Angeführten wird jeder Unbefangene den Schluß ziehen, daß es lächerlich sei, mir mein Eigenthumsrecht streitig zu machen. — Nun ein Wort an Sie, Herr Pfarrer. Durch die obige Berichtigung glaube ich Sie und das Zeitung lesende Publikum überzeugt zu haben, wie sehr ich in meinem Rechte bin und bitte nur noch, sich des Gedankens entschlagen zu wollen, mich ferner öffentlich zu prostituiren. Wahrscheinlich soll es nicht lange mehr dauern und der christkathol. Gottesdienst wird in meiner Kapelle abgehalten werden. Verspreche Ihnen aber Duldung zu üben und den Wallfahrten zu dem wunderthätigen Marienbilde kein Hinderniß in den Weg zu legen, da dasselbe auch mir einen Gnadenschatz öffnet.

Eckwertsheide, den 6. Januar 1846.

v. Steinhausen auf Eckwertsheide.

Auction.

Am 24. und 25. Februar 1846 Vormittags von 9 bis 12 Uhr und Nachmittags von 2 bis 4 Uhr sollen im Locale des hiesigen Stadt-Leih-Amts mehrere verfallene Pfänder, bestehend in Jouvelen, Gold, Silber, goldnen und silbernen Uhren, kupfernen, messingnen und zinnernen Geräthen; Tisch-, Leib- und Bett-Wäsche, Kleidungsstücken und Betten öffentlich an den Meistbietenden gegen gleich baare Bezahlung in Courant versteigert, auch soll diese Versteigerung erforderlichen Falls am darauf folgenden Dienstage den 3. und Mittwoch den 4. März fortgesetzt werden, welches wir unter Einladung der Kauflustigen hiermit zur allgemeinen Kenntniß bringen.

Breslau, den 23. December 1845.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Haupt-Uebersicht

der Geschäfte der Schiedsmänner in der Stadt Breslau für das Jahr 1845.

Namen des Schiedsmannes.	Bezirk.	Zahl der anhängigen Sachen.	Zahl der verglichenen Sachen.
Herr Gerlach, Med.-Assessor.	7 Churfürsten.	19	19
„ Busse u. Strobach, Kaufl.	3 Berge.	4	4
„ Winkler, Gelbgießermeister, und H. Zopff, Lampenfabr.	Neue Welt.	46	42
„ Sonnenberg, C. L., Kaufm.	Barbara.	29	29
„ Reimann, desgl.	Burgfeld.	16	15
„ Sturm, desgl.	Goldne Rade.	48	46
„ Anderssohn, desgl.	7 Rademühlen.	40	33
„ Sabisch, C., Restaurateur.	Börsen.	4	4
„ Röhlicke, C., Kaufm.	Accise.	77	77
„ Stache, desgl.	Post.	4	3
„ Grosser, F. W., desgl.	Blaue Hirsch.	7	7
„ Rahner, Stadtrath.	Bischof.	38	35
„ Rössell, Mechanikus.	Johannis.	6	5
„ Marx, Schulamts-Cand.	Catharinen.	35	23
„ Müller, J., Kaufm.	Regierungs.	74	69
„ Theinert, O.-L.-G.-Assessor.	Albrechts.	8	8
„ Pauli, Kaufm.	Magdalenen.	7	7
„ Strempel, desgl.	Rathhaus.	15	15
„ Löwe, desgl.	Elisabeth.	8	8
„ Hoffmann, J., desgl.	Schlachthof.	14	14
„ Mache u. Rettig, Kaufl.	Ober.	22	12
„ Schubert, J., Kaufm.	4 Löwen.	37	37
„ Knorr, Barbier.	Ursuliner.	2	1
„ Dr. Bürkner.	Jesuiten.	1	1
„ Stenger, Buchbindermstr.	Mathias.	30	23
„ Groß, Kaufm.	Claren.	22	21
„ Jäckel, desgl.	Vincenz.	9	9
„ Häusler, Bäckermstr.	Franziskaner.	20	20
„ Berger, F., Kaufm.	Bernhardin.	13	8
„ Günther, Buchdruckereibes.	Grüne Baum.	34	22
„ Fuß, Kaufm.	Theater.	7	7
„ Röhr, J. G., Destillateur.	Christophori.	47	47
„ Peretz, C. G., Partikulier.	Hummerei.	5	4
„ Neugebauer, J., Kaufm.	Zwinger.	10	10
„ Schiller, C. G., desgl.	Dorotheen.	2	2
„ Müller, desgl.	Schloß.	9	9
„ Schwartz, desgl.	Antonien.	163	143
„ Linkenheil, desgl.	Mühlen und Bürgerwerder.	7	7
„ Reimann u. Härtel, Kaufl.	3 Linden.	8	7
„ Schindler, J. G., Part.	Rosen, 1. Abth.	348	235
„ Zobel, J. A., Kaufm.	dto. 2. „	28	28
„ Nitschke, O.-L.-G.-Referend. und Partikulier Kärger.	XI./M. Jungf.	15	9
„ Grünig, Stadtger.-Rath.	Sand.	18	12
„ Knöffler, O.-L.-G.-Refer.	Dom.	4	3
„ Gebauer, Caffetier.	Hinterdom.	21	19
„ Linke, C., Partikulier.	Neuscheitnig.	12	12
„ Schneefuß u. Beer, Kaufl.	Mauritius.	25	15
„ Rossi u. Milde, desgl.	Barmh. Brüd.	31	30
„ Illmer, Kaufm.	Schwb. Anger.	53	42
„ Lucas, desgl.	Nicolai, 1. Abt.	16	16
„ Mehlis, k. Prem.-Lieut.	dto. 2. Abth.	10	8
	Summa	1528	1282

Breslau, den 7. Januar 1846.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.